

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In. und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. Jan. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem bisherigen R. spanischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Berlin, Marquis de la Riberia, den Roten Adler-Orden erster Klasse, dem bisherigen Herzoglich braunschweigischen Geschäftsträger zu Berlin, Geheimen Rath Dr. von Siebe, den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse, dem R. hannoverschen Generalsekretär des Gesamtministeriums, Geb. Legationsrat von Wigenhoff, den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Kammerherrn und Vandrath des Kreises Bergheim, Freiherrn Maix von Geyen zu Schleidenhan, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem R. hannoverschen Finanzrat von Klenz und dem Navigationslehrer a. D. David Ferdinand Kuhn zu Memel den Roten Adler-Orden dritter Klasse, dem Kreisgerichtsrat Friedrich Wilhelm Hirschhorn zu Landsberg an der Warthe und dem Dr. juris Rudolph Gottschall zu Breslau den Roten Adler-Orden vierter Klasse, dem früheren Regierungskreisrat bei der R. niederländischen Gesandtschaft zu Berlin, von Westenberg, und dem Kaiserlich französischen Hauptmann und Kommandanten der Ecole normale de gymnastique, de Féraudy, den Königlichen Kronen-Ordens vierter Klasse, dem Küster und Schulmeister Johann Gottlieb Richter zu Ober-Heldrungen, im Kreise Eckartsberga, und dem Obergehilfen beim botanischen Garten zu Berlin, Christian Kotter, das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Unteroftizier Peters vom 8. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 70 die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; auch dem Flügeladjutanten, Major von Rauch die Erlaubnis zur Anlegung des von der Königin von Spanien Majestät ihm verliehenen Kommandeurkreuzes des Ordens Isabella der Katholiken, dem Major von Gohausen, aggregirt dem Stabe des Ingenieurkorps und kommandirt zur Bundes-Militärkommission, zur Anlegung des von dem Großherzog von Baden R. O. ihm verliehenen Ritterkreuzes mit Eichenlaub des Ordens vom Bäringer Löwen, und dem Generalauditeur der Armee, Bleck, zur Anlegung des ihm verliehenen Kommandeurkreuz erster Klasse vom Herzoglich Anhaltischen Gesamt-Haus-Orden Albrechts des Bären, zu ertheilen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hannover, Dienstag 28. Januar Nachmitt. Die Zweite Kammer hat den Beschluss der Ersten Kammer, daß die einseitig erlassene Militär-Strafprozeßordnung eine Verfassungsverletzung enthalte, an eine Kommission zur schleunigen Berichterstattung überwiesen.

Dresden, Dienstag 28. Januar Nachmitt. Das „Dresdner Journal“ meldet, daß mit der Direktion der Anhaltischen Bahn die Heraussetzung der Frachten für sächsische Steinkohlen bis Berlin auf kaum zwei Drittel der westfälischen Kohlenfrachtfäße vereinbart worden sei.

Paris, Dienstag 28. Jan. Nachmitt. Unter andern veröffentlichten diplomatischen Aktenstücken befindet sich die Note Thouvenels an Lavalette vom 11. Januar. Darin heißt es: Indem die Regierung des Kaisers das Königreich Italien anerkannt hat, handelte sie in der Überzeugung, daß die Wiederherstellung des Gewesenen nicht mehr ausführbar war. Unter den katholischen Monarchien haben nur drei, Österreich, Spanien und Bayern sich enthalten, die offiziellen Beziehungen mit Turin wieder anzuknüpfen. Kein Kabinet denkt daran, gegen die in Italien eingeführte Ordnung der Dinge mit Gewalt einzuschreiten. Das offen ausgesprochene oder stillschweigend zugelassene Prinzip der Nichtintervention ist der Schutz des europäischen Friedens geworden. Der römische Hof erwartet sicher nicht fremde Hilfe, um die verlorenen Provinzen wieder zu erobern. Es widerstrebt ihm, zu glauben, daß Rom jemals in seinem Interesse eingewilligt habe, einen der furchtbarsten Brände, dessen Erfolg so zweifelhaft sei, hervorzurufen. Die Lehren und die Erfahrung empfehlen dem heiligen Vater Resignation, ohne daß derselbe seinen Rechten auf Transaktion in der That entsage. Hierdurch würde die Ruhe in der katholischen Welt wieder zurückgeführt, die Traditionen des Papstthums, welches so lange mit seinem Schilde Italien gedeckt hat, wieder angeknüpft und die Schicksale einer grausam geprüften und nach so vielen Jahrhunderten sich selbst wiedergegebenen Nation, mit demselben wieder verbunden werden. Wir müssen wissen, ob wir die Hoffnung nähren oder aufgeben sollen, daß der heilige Vater, indem er den Thatsachen Rechnung trägt, bei dem Aufsuchen einer Kombination sich fügt, die dem Papste dauernde Bedingungen der Würde, der Sicherheit und der Unabhängigkeit, welche zur Ausübung seiner Macht nothwendig sind, sichern würde. Dies zugelassen, werden wir aufrichtige und energische Anstrengungen machen, um Turin zur Annahme eines Versöhnungsplans, dessen Grundlagen wir mit der Regierung Seiner Heiligkeit festgesetzt, zu bewegen. Italien und das Papstthum würden dann aufhören, sich in feindlichen Lagern zu treffen; sie würden alsdann bald ihre natürlichen Beziehungen, Dank den Pflichten der Ehre, die durch das Wort Frankreichs garantiert sind, wieder aufnehmen. Rom würde selbst von der Seite, von welcher ihm Gefahr zu drohen scheint, eine nothwendige Stütze finden. Dieses Resultat würde in der gesammten katholischen Welt ein lebhaftes Gefühl der Genugthuung und des Dankes erregen. Thouven-

nel fordert Lavalette auf, diese Note dem Kardinal Antonelli, so wie dem heiligen Vater zu unterbreiten.

Die Antwortnote Lavalettes an Thouvenel ist vom 18. Januar datirt. Sie lautet: Er habe in Betreff der Note vom 11. mit dem Kardinal Antonelli eine Unterredung gehabt. Schon in früheren Zusammenkünften habe er dem Papste den Wunsch unterbreitet, Rom mit Italien zu versöhnen. Indem der heilige Vater mit rührender Willfähigkeit Alles angehört, erwiederte er immer: Warten wir die Ereignisse ab! Er war mehr betrübt als überrascht, bis endlich Antonelli auf alle Erwägungen, die ich vorstellte, schließlich antwortete, durchaus nicht annehmen zu können, indem er sagte, daß jede Transaktion zwischen dem heiligen Stuhl und denjenigen, die ihn beraubt haben, unmöglich sei. Es stehe weder dem Papste, noch dem heiligen Kollegium zu, selbst den kleinsten Theil des Territoriums der Kirche abzutreten. Ich machte Antonelli bemerklich, daß ich die Rechtsfrage außer Betracht lasse. Der einzige Zweck sei, der päpstlichen Regierung die Gelegenheit zu bieten, aus der Lage zu kommen, die für ihre Interessen so traurig und für den Frieden der Christenwelt so drohend sei. Antonelli dankte für das gezeigte Interesse, indem er hinzufügte, es sei ungenau, daß zwischen dem Papst und Italien Uneinigkeit herrsche. Wenn der heilige Vater mit dem Turiner Kabinett gebrochen habe, so seien die Beziehungen mit Italien vortrefflich. Er selbst sei Italiener, und der erste der Italiener dulde unter diesen Leiden; er stehe mit Schmerz bei den grausamen Prüfungen, welche die italienische Kirche treffen. Was die Unterhandlung mit den Räubern betrifft, so werden wir darauf eingehen. Jede Transaktion auf diesem Terrain ist unmöglich. Der Papst, wie die Kardinäle, verpflichten sich vor ihrer Ernennung eidlich, nichts von dem Territorium der Kirche abzutreten. Der heilige Vater werde also kein derartiges Zugeständnis machen. Auch ein Konklave würde dies zu thun nicht berechtigt sein, eben so wenig ein neuer Papst, wie seine Nachfolger von Jahrhundert zu Jahrhundert. Ich glaube auf Eurer Exzellenz Anfrage, ob Hoffnung auf ein Arrangement vorhanden sei, verneinend antworten zu müssen. — Das Schreiben Antonelli's vom 18. an Lavalette bestätigt, nachdem er die Ordre des heiligen Vaters eingeholt, die mündlich gegebene Antwort.

(Eingegangen 29. Januar 9 Uhr Vormittags.)

Rom, 28. Jan. Es wird gemeldet, der Papst habe erklärt, daß er keinen Pontius nach Petersburg senden werde, bevor nicht Bielobrzeski und die anderen verhafteten Geistlichen wieder in Freiheit gesetzt seien. Der Papst verlange Garantien von Russland.

(Eingegangen 29. Jan. 10 U. 5 Min. Vorm.)

Petersburg, Mittwoch 29. Jan. Die gestern stattgehabte Adelsversammlung eröffnete der Generalgouverneur Sonwaroff mit einer Ansprache, in welcher er u. A. sagte: Ohne eine innige Verbindung des Kaisers mit dem Adel sei die Wohlfahrt des letzteren nicht denkbar. Es sei der Wunsch des Kaisers, daß der Adel seine soziale Vorzugsstellung behalte, aber nur wenn derselbe eine feste Stütze des Thrones bleibe, könne er seinen Einfluss festigen und die noch ungelösten wichtigen Aufgaben lösen. Schließlich erklärte der Generalgouverneur, er werde berechtigte gemeinnützige Wünsche gern unterstützen.

(Eingegangen 29. Januar 11 Uhr 25 Min. Nachmittags.)

Die Gesetzentwürfe im Landtage.

Eine größere Zahl von Gesetzentwürfen, als im Allgemeinen erwartet, von vielen gefürchtet, von Manchen gewünscht wurde, ist gleich am Beginn der Session Seitens des Ministeriums dem Landtage zur verfassungsmäßigen Beschließung vorgelegt worden. Auch kann man nicht sagen, daß es ihnen im Einzelnen an Gewicht und Bedeutung fehle. Die Begeordnung, die Kriminal-Prozeß-Novelle und die Novelle des Kriegsministers werden im größeren Publikum vielleicht nicht überall das Interesse finden, das sie mit Recht beanspruchen können. Aber neben ihnen enthalten die Vorlagen bezüglich der Ministerverantwortlichkeit, der Oberrechnungskammer, der ländlichen Polizeiverwaltung und der Kreisordnung doch so recht eigentlich konstitutionellen Vollgehalt, greifen tief bis in die Wurzeln reformirend ein in den Volksorganismus und das staatliche Verfassungsleben. Woran liegt es nun, daß sie trotz allem keine wärmere, sympathischere Aufnahme in der Volksvertretung und im Lande zu finden scheinen? Sind sie nicht vorzüglich geeignet, den unzweideutigsten Beweis zu erbringen, daß die Minister in keiner Beziehung den freisinnigen Grundsätzen untreu geworden sind, für die sie so lange in trüber Zeit gegen die retrograde Politik des vergangenen Regimes gekämpft haben?

Insette
(1/4 Sgr. für die fünfgesparte Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Das sind sie allerdings! Und wenn es lediglich auf eine Manifestation anfâme, so müßte in der That alle Welt, wenigstens alle liberale Welt, dem Ministerium die vollste Anerkennung schuldig sein. Da indessen das Staatsleben viel mehr von den Thaten als von den Gesinnungen, von der realen Farbenentwicklung, nicht von bloß fortschreitenden Tendenzen abhängig ist, so ist auch für Staatsmänner jene moralische Anerkennung ihrer abstrakten Grundsätze unzureichend, wenn nicht das Vertrauen zu der Kraft ihres Handelns hinzutritt. Das aber ist es, was den reformirenden Gesetzentwürfen der Staatsregierung den besten Theil vollständiger Zustimmung entzieht, daß man an ihrer Kraft zweifelt, sich aus dem Zustande des Embryo's zum wirklichen lebendigen Dasein hinzuzuringen.

Von allen Vorlagen der Regierung ist unbedenklich diejenige, welche die ländliche Polizeiverwaltung und die Kreisverfassung umzugestalten bevekt, die wichtigste. Sie ist für die endliche Regelung unserer Gemeindeverfassung, für den fundamentalen Unterbau der ganzen konstitutionellen Staatsverfassung von der entscheidendsten Bedeutung. Sie ist aber zugleich auch diejenige, welcher die antisemantische Spize anhaftet. Und eine derartige Gesetzesvorlage sollte wirklich Aussicht haben, mit der Zustimmung des Herrenhauses zum Gesetz zu werden? Kann man wahrhaft glauben, daß Herrenhaus werde die ständischen Prinzipien verleugnen, auf denen es selbst ruht, werde die polizeiobrigkeitliche Gewalt, die Birilstimmen, und mit ihnen die ganze Präponderanz der Rittergutsbesitzer auf den Kreistagen beseitigen? Ist es nicht selbst nur eine höhere Zugspaltung der bisherigen Kreistage, und hat es deshalb nicht mit Recht die Zusammensetzung des letzteren stets als Musterotypus organischen Standewehns geprägt?

Die Gesetzentwürfe bezüglich der Ministerverantwortlichkeit und der Oberrechnungskammer haben kaum bessere Chancen für sich. Auch sie sind von der feudalen, für das Herrenhaus vorläufigen Presse schon wiederholt als die verderblichen Mittel bezeichnet worden, durch welche der Schwerpunkt der Regierung von der Krone in das Abgeordnetenhaus gelegt werden solle, und wiederholt ist es als die Aufgabe des Herrenhauses bezeichnet worden, das Königthum gegen die Krone zu vertheidigen. Man kennt diese seine feudale Unterscheidung seit der Chambre introuvable und ihrem vive le roi qui quand même zur Genüge!

Was aber wird gelingen, wenn das Herrenhaus diesen vom Ministerium und der Volksvertretung gleichmäßig gewünschten Reformen wiederum sein Veto entgegenstellt? Das Schicksal der Grundsteuervorlagen kann hier keine trostreiche Antwort gewähren, da deren Zustandekommen durch ganz besondere Zufälle, die Verbindung mit den Militärvorlagen und die Unterstützung der Reichsunmittelbaren, bedingt worden ist. Diese Reminiszenz wird durch die Erinnerung an die vom Herrenhause, wie es scheint, ziemlich fest eingesetzte Reform des Cherechts mehr als paralytiert. Oder soll gewartet werden, bis die durch das neueste Reglement über die Bildung des Herrenhauses auf den Aussterbetat gesetzten Vertreter des alten bestätigten Grundbesitzes zu den Todten heimgehen? Das sind die zunächst liegenden Befürchtungen, die einem bei jener Frage entgegentreten, und die den Gesetzentwürfen eine so schwindföhlige Farbe geben. Daß aber das Ministerium den unverhüllten Gegensatz zwischen seinen Grundsätzen und dem Herrenhause in einer konkreten Frage der Gesetzgebung zu einer Kabinetsfrage und einer Existenzfrage für das Herrenhaus machen werde: diese Antwort geprägt sich Niemand zu geben.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 28. Jan. [Die französische Thronrede; Würzburger Unterhandlungen; Baden und Preußen in der kurhessischen Angelegenheit.] Die diesjährige Thronrede Napoleon III. hat hier im Allgemeinen einen günstigen Eindruck gemacht, und zwar besonders deshalb, weil sie nicht den Anlauf nimmt, die Geschichte Europa's zu regeln und die Entwicklung der Zukunft in Drakeln zu verkünden, sondern sich hauptsächlich mit den Angelegenheiten des eigenen Hauses beschäftigt. In dem auf die auswärtige Politik bezüglichen Theile figurirt obenan eine an die Adresse „Preußens Regierung und Volk“ gerichtete Schmeichelei. Ich glaube, daß diese Kundgebung weniger Stolz in Preußen, als Mißmut in Österreich erregen wird, da die Wiener Diplomatie schon lange an der Gelpenfernsucht vor einer preußisch-französischen Koalition gegen das Haus Habsburg leidet. Einstweilen ist die Allianz Preußens mit Frankreich noch in ferner Aussicht; doch darf man es erfreulich finden, daß Napoleon auf die Erhaltung freundlicher Beziehungen zu Preußen Werth legt. Noch wichtiger ist, daß der Kaiser den Finanzschäden Frankreichs eine so ernste Aufmerksamkeit zuwendet. Eine Regierung, welche finanzielle Reformen durchführen will, bedarf des Friedens so dringend, wie der Gärtner den Sonnenschein braucht. Die Finanzverlegenheit Frankreichs ist die beste Bürgschaft für eine Friedenspolitik.

Die Berufung einer Konferenz der mittelstaatlichen Diplomaten nach Dresden ist zwar von der sächsischen Regierung in Abrede gestellt worden. Nichtsdestoweniger steht fest, daß jenes Lager durch die Bernstorff'sche Depesche stark in Alarm gesetzt worden ist und irgend eine Gegendemonstration vorbereitet. Zur Zeit scheinen die Unterhandlungen nur deshalb nicht zum Abschluß gekommen zu sein, weil verschiedene Vorschläge zur Prüfung vorliegen. Auch stehen die Würzburger fortwährend in vertraulichen Gedanken austausch mit dem Wiener Kabinett, und es ist noch unentschieden, ob Graf Reichenberg oder Hr. v. Bunsen das Mannöver gegen Preußen leiten soll. — Nach der neuesten Motion Badens, die, wie verlautet, aus

einer Verständigung mit Preußen entsprungen ist, wird die kurhessische Verfassungsangelegenheit wohl nächstens auch wieder in der Bundesversammlung zur Sprache kommen. Unsere Regierung hat nicht nur direkt in Kassel eine verfassungsmäßige Lösung der Wirren dringend befürwortet, sondern auch das Wiener Radikal für eine ähnliche Verwendung seines Einflusses zu bestimmen gesucht. Graf Leuchtenberg soll in jüngster Zeit das Bedenklische der kurhessischen Zustände begriffen haben und der preußischen Auffassung näher getreten sein. Natürlich ist auf solche diplomatische Bindungen kein großes Vertrauen zu haben. Sicher ist, daß Preußen den badischen Antrag am Bundestage energisch unterstützt.

[Berlin, 28. Januar. (Vom Hofe; Verschiedenes.) Gestern Abend erschien der ganze Hof mit Ausnahme des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin in der Soirée des Grafen Redern. Der König unterhielt sich viel mit den fürtlichen Mitgliedern des Herrenhauses, die den Präsidenten an der Spitze, zahlreich erschienen waren. Außerdem befanden sich die Minister, das diplomatische Corps, die Hofchargen und viele Militärs in der glänzenden Gesellschaft, die bis 12 Uhr versammelt blieb. Die Königin war zuvor im Evangelischen Verein gewesen und hatte dort den Vortrag des Konsistorialraths Seegmünd aus Frankfurt a. O. über Reformation der Schulen des 16. Jahrhunderts angehört. Heute Vormittag nahm der König die laufenden Vorträge entgegen, ließ sich darauf durch den kommandirenden General des Gardekorps, Prinzen August von Württemberg, mehrere höhere Offiziere vorstellen und empfing alsdann den Fürsten zu Salm-Dyck, ehrliches Mitglied des Herrenhauses. Nachmittags arbeitete der König mit den Ministern v. d. Heydt und v. Bernuth, und fuhr darauf mit seiner Gemahlin nach Charlottenburg. Die Majestäten speisten mit der Königin Wittwe und kehrten nach Aufhebung der Tafel wieder hierher zurück. — Heute Abends 9½ Uhr wollen die hohen Herrschaften die Soirée des Handelsministers v. d. Heydt besuchen. Morgen früh 8 Uhr fährt der König mit den königl. Prinzen und anderen fürtlichen Personen nach Potsdam und wird in den königl. Gärten eine Treibjagd auf Haken abhalten. Für den Freitag ist eine Hofjagd auf dem Tegetzler Revier befohlen. — Die Frau Kronprinzessin wird nach den neuesten Bestimmungen die Reise nach London in der ersten Hälfte des nächsten Monats antreten. Wie es heißt, ist gestern dem Hofe aus London die Nachricht zugegangen, daß der Prinz von Wales auf seiner Reise nach dem Orient Berlin nicht berühren wird. — Morgen Nachmittag trifft die Frau Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin zu einem mehrjährigen Besuch an unserm Hofe ein und wird im hiesigen Schlosse Wohnung nehmen. Die hohe Frau verläßt auf der Station Spandau den Zug und begibt sich von dort zunächst zur Königin Wittwe nach Charlottenburg. — Der Prinz Karl will morgen in seinem Palais ein Kapitel des Johanniterordens abhalten, dürfte also dieserhalb nicht an dem Treibjagen in Potsdam teilnehmen. — Der Prinz Albrecht und die übrigen Herrschaften, welche seit gestern bei Freienwalde gefagt haben, sind heute Abend von dort wieder hier eingetroffen. Am Freitag Abend findet im prinzlichen Palais zur Vorfeier des Geburtstags der Prinzessin Alexandrine, geb. am 1. Febr. 1842, ein Ball statt. Derselbe sollte eigentlich am Geburtstage selbst sein, mußte aber wegen des Subskriptionsballes, den der Hof besuchen will, verlegt werden. — Die Diners und Soirées, welche vom Hofe, den Ministern, dem diplomatischen Corps &c. veranstaltet werden, nehmen jetzt alle Tage in Anspruch und ist auch schon der ganze nächste Monat damit belegt. Der türkische Gesandte gibt am Sonnabend ein Diner, zum 4. Febr. hat der Generalfeldmarschall v. Wrangel die Minister, die Gesandten &c. geladen, und am 12. ist im Hotel des österreichischen Gesandten eine glänzende Soirée. — Der Minister Graf Bernstorff hatte heute eine längere Besprechung mit dem russischen Gesandten und empfing darauf den aus Bukarest hier eingetroffenen Kanzler. — Die durch die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft innerhalb der kaufmännischen Korporation veranlaßte Sammlung für die Vergroßerung der preußischen Kriegsschiffe hat nach hiesigen Blättern 13,393 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. dem l. Kriegsministerium zur bestimmungsmäßigen Verwendung offerteirt worden. Das Gerücht von dem nahe bevorstehenden Rücktritt Ihres Oberpräsidenten v. Bonin erhält sich hier noch immer, ohne daß ich übrigens Zuverlässiges darüber bis jetzt habe erfahren können.

[Breslau, 28. Jan. (Preßprozeß gegen J. Ronge.)] Die zweite Kriminaldeputation des hiesigen königl. Stadtgerichts verurtheilte in ihrer Sitzung vom 11. Sept. v. J. (wie s. Z. mittheilt) den Prediger Johannes Ronge wegen eines durch die Presse gegen den §. 135 des Strafgesetzbuches verübten Vergehens zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe und sprach in ihrem Erkenntniß zugleich die Vernichtung der in der Broschüre: „Die Ursache meiner Verbannung“ Blatt 5 und 9 enthaltenen strafbaren Stelle aus. Gegen dieses Erkenntniß hatte Ronge die Appellation eingeleget. Zur Rechtfertigung führte er unter Anderem an, daß er, da er vor länger als zehn Jahren Preußen ohne Erlaubniß verlassen habe, des preußischen Staatsbürgerrechts verlustig gegangen mithin Ausländer sei. Die l. Staatsanwaltschaft hatte als neue Zeugen den Prediger Höfferer zu Breslau und den Lehrer Feuerstein zu Tiefenbach in Borschlag gebracht. Am 25. d. stand nun der Audienztermin an. Rechtsanwalt Lent, welcher der Bertheidiger des derzeit hier nicht anwesenden Angeklagten war, hielt es nicht für statthaft, daß überhaupt gegen Ronge eingeführten worden wäre, da derselbe Ausländer und als er damals in Anklagestand versetzt wurde, schon längst eine Verjährung des ihm zur Last gelegten Vergehens eingetreten gewesen sei. Eine Verbreitung und Veröffentlichung der in Rede stehenden Schrift habe nicht in Preußen, sondern nur in England stattgefunden, und den Angeklagten treffe keine Schuld, daß zwei Exemplare davon nach Schlesien gekommen seien. Die betreffs des heiligen Rockes gebrauchten Ausdrücke hielt er für nicht strafbar, und mit dem Worte „Fetischdienst“ werde nicht der Reliquiendienst der katholischen Kirche überhaupt, beziehentlich eine Einrichtung derselben, angegriffen. Mit den über das Papstthum gemachten Neuauflerungen habe Ronge nur den Gegensatz des Papal- und Episkopalsystems bezeichnen wollen. Die Geschichte im großen Ganzen habe endlich Halle genug konstatiert, in welchen der Beurtheilung zu Gift und Dolch gegriffen habe. Er deduzirte, daß sich ein kriminellistischer Dolus des Angeklagten überall nicht manifestiere. Der Oberstaatsanwalt ließ es dahingestellt, ob Ronge als Ausländer zu betrachten sei, oder nicht, widerlegte die Ans- und Ausführungen des Bertheidigers und beantragte, event. nach vorheriger Ver-

nehmung der beiden noch seinerseits benannten oben erwähnten Zeugen die Bestätigung des ersten Erkenntnißes. Der Gerichtshof schloß sich dem aber nicht an; er sprach den Prediger Johannes Ronge von der gegen ihn festgesetzten Gefängnisstrafe frei, bestätigte dagegen das Erkenntniß erster Instanz, insoffern es die Vernichtung der im Erkenntniß eben näher bezeichneten Stellen aussprach. (Dr. M.)

[Halle, 27. Jan. (Prof. Hohl +.) Wie die „Hall. Z.“ meldet, ist der Geh. Medizinalrat Professor Dr. Hohl am 23. d. im 73. Lebensjahr an einer Lungenentzündung verschieden. Seit einer langen Reihe von Jahren als Direktor der geburtshülflichen Klinik thätig, hat der Berewigte auch außerdem als Schriftsteller und Arzt eine ehrenvolle und wirkungsvolle Stellung eingenommen.

[Kulm, 26. Jan. (Nationalitätenfrage.) Im Kulmer Kreisblatt steht man: „Der „Nadwislansin“ sieht sich endlich zu dem offenen Geständnis veranlaßt, daß die polnische Bevölkerung in Westpreußen zwar gut katholisch sei, aber das polnisch-nationalen Bewußtsein gänzlich verloren habe, und darum ihre Abhängigkeit an Preußen, die sich schon in den Jahren 1813—15 so glänzend bewährt habe, durch nichts zu erschüttern sei.“ Um so unverantwortlicher ist es, sagt das Kreisblatt, wenn jenes Blatt, sowie der „Przyjaciel ludu“, ihre preußenseindlichen Agitationen dennoch fortsetzen.

[Oestreich. Wien, 26. Jan. (Eine angebliche Forderung Oestreichs.) Die auswärtige Presse bringt seit einigen Tagen Andeutungen über eine diplomatische Forderung Oestreichs, betreffend die Entwaffnung Sardinens. In einem Artikel der Wiener Presse werden die Andeutungen nur für einen Abschluß der von den Vertretern der Regierung im Finanzausschuß gegebenen Erklärungen ausgegeben, welche nun in dieser entststellten Form ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätten. Hieran knüpft aber die „Presse“ selbst eine ungleich wichtigere Mittheilung, indem sie sagt: „Alle Gerüchte widerlegend, welche in letzter Zeit das Verhältnis zwischen Wien und Paris als ein gespanntes bezeichneten, schreibt man uns aus der französischen Hauptstadt, daß die österreichisch-französischen Beziehungen seit einigen Wochen sich ganz besonders freundlich gestaltet haben, und das es namentlich den beiderseits über Staaten, sei es in Form von Depeschen, sei es auf mündlichem Wege, ausgetauschten Erklärungen zuzuschreiben sei, wenn der französische Finanzminister Tondu in die Lage versetzt wurde, in seinem Berichte über die Finanzlage eine Reduktion der französischen Armee um 50.000 Mann anzutun. Die österreichisch-freundliche Stimmung in den Pariser gouvernemantalen Kreisen erklärt man sich daraus, daß das französische Kabinett aus Wien Mittheilungen erhalten haben soll, welche in ihm die Überzeugung festigten, daß von österreichischer Seite auf jede aktive Restaurationspolitik verzichtet werde, daß Staaten von Oestreich keinen Angriff zu fürchten habe, und daß das Wiener Kabinett an den Stipulationen von Villafranca und Zürich nur festhalte, um bei künftigen Verhandlungen zwischen den Mächten über eine definitive Regelung der italienischen Angelegenheiten eine Basis zu haben, welche ja auch das Cossierkabinett anzuerkennen und, trotz Allem, was inzwischen in Italien im Widerspruch damit sich veränderte, festzuhalten wiederholte erklärt habe. Diese Erklärungen des Wiener Kabinetts (auf die Form derselben kommt es nicht an) sollen in Paris eine sehr günstige Aufnahme gefunden haben, und von französischer Seite in einer Weise beantwortet worden sein, welche selbst die in Wien gehiegten Erwartungen übertraf. Frankreich soll nämlich an Oestreich die bestimmte Erklärung abgegeben haben, daß es fest entschlossen sei, falls die italienische Regierung, ihre Drohungen zur Wahrheit machend, einen Angriff auf Oestreich unternehmen würde, Italien seinem Schicksale zu überlassen und die strengste Neutralität zu beobachten. Dem Austausch dieser Erklärungen, welcher in jüngster Zeit erfolgte, mag das obenerwähnte Gerücht seine Entstehung verdanken. Es wäre in der That ganz natürlich, daß Oestreich und Frankreich, nachdem sie sich über die Italien gegenüber zu beobachtende friedliche Haltung verständigt, nun von der Turiner Regierung verlangen, daß diese dem Kriegsgeschrei in ihrem Lager ein Ende mache und Bürgschaften für ein friedliches Verhalten gewähre. Von englischer Seite wird dagegen um so weniger etwas angewendet werden, als England die Erstärkung des Konstitutionalismus in Oestreich wünscht und seit der Anexion Süd-Italiens nicht aufgehört hat, in Turin dahin zu wirken, daß man sich mit der Konsolidierung des Erworbenen beschäftige, um das Abenteuer eines möglichen Weise Alles wieder in Frage stellenden Krieges um jeden Preis vermeide. Wir können uns daher sehr wohl denken, daß unter den obwaltenden Umständen zwischen den Kabinetten von Wien, London und Paris ohne Schwierigkeiten Vereinbarungen getroffen werden können, deren Ergebnis ein von Oestreich gestellter und von den Westmächten in Turin nachdrücklich unterstützter Antrag auf Einstellung der Kriegsdrohungen und Kriegsrüstungen der italienischen Regierung wäre. Dieser selbst mag es ganz erwünscht sein, in den auswärtigen Kabinetten einen Rückhalt für eine friedliche Haltung zu finden, die sie vielleicht im Stillen wünscht, und an deren Verwirklichung sie bis jetzt durch das Drängen der extremen Parteien verbündet wurde. Die Worte, welche San Martino neulich im Turiner Senate gesprochen, waren mehr, als der Ausdruck der Überzeugung eines Einzelnen, und wenn man sich in Turin erst mit dem Gedanken vertraut gemacht haben wird, daß von Frankreich für einen nächsten Krieg gegen Oestreich keine Hilfe zu erwarten ist, wird man sich eben fügen und die Verwirklichung der venetianischen Träume einer entfernteren Zukunft anheimstellen.“

[Tagesnotizen.] Febr. v. Pillersdorf, 1848 Minister des Innern, ist durch Entschließung des Kaisers in die Würde eines Wirklichen Geheimen Rathes und in den Besitz des St. Stephans-Ordens wieder eingesetzt worden. (Beide Auszeichnungen waren ihm bekanntlich früher entzogen worden.) — Neben die Angelegenheit des verhafteten Redakteurs der „Gazzetta di Fiume“, Rezza, lesen wir im Agramer „Pozor“, daß ihn das Polizeikommissariat in Fiume dem dortigen Komitatsgerichte eingeliefert, dieses aber die Akten an die Agramer Gerichtstafel eingesandt hat. — Wie der „Constitutionellen Correspondenz“ aus Verona vom 23. Januar mitgetheilt wird, sind dort mehrfache politische Verhaftungen vorgenommen worden, die nicht ohne Resultate geblieben sein sollen. Namentlich hat die Hausdurchsuchung bei einem Mitarbeiter der „Gazzetta di Fiume“, der gleichfalls arrestiert worden ist, zur Entdeckung von Papieren geführt, welche den Beweis herstellen sollen, daß die Leiter jenes Blattes in direkter Verbindung mit Dr. Lechio,

dem Chef des in Turin tagenden venetianischen Revolutionstomite's, stehen. Zugleich ist, wie man hört, am 21. Jan. in Peschiera ein ungarischer Emissär aufgesangen worden, bei ihm sollen Papiere entdeckt worden sein, welche ein eigenhümliches Licht auf den Zusammenhang der magyarischen mit den italienischen Umrissen werfen. — Laut einer in Graz eingelangten Telegramm hat sich am 24. d. um 2 Uhr Morgens im Drafschischen Steinkohlenwerke in Seegraben bei Leoben in Steiermark ein erschütterndes Unglück ereignet. Es geriet nämlich die am Tage befindliche Draugott-Unterbaustollenhütte aus unbekannter Ursache in Brand. Der Rauch und die Gase drangen durch den Stollen in die Grube, in welcher bei 100 Arbeitern beschäftigt waren, von denen sich alle bis auf 24 Mann, welche getötet wurden, noch retten konnten. Fünfzehn Leichen wurden bereits zu Tage gefördert, während 9 Mann an Stellen liegen, die wegen der Gase nicht zugänglich sind. In der Grube selbst hat sich kein Brand gezeigt und ist jede weitere Gefahr beseitigt.

[Das Vaterland.] Über die Begründung und die gegenwärtige Lage dieses Blattes schreibt man der „A. Ztg.“ von hier: „Unter dem Titel: „Das Vaterland“ wurde hier ein Journal gegründet, um die Tendenzen der „Neuen Preußischen Zeitung“ in Berlin auf österreichischem Boden zu vertreten. Zur Organisation dieser Zeitung wurden auf Empfehlung der gleichgestalteten Ge- nossen in Preußen einige Literaten von dort berufen, damit ja der gleiche Geist obwalte. Die Unternehmer dieses Journals bewegen sich in hoch aristokratischen Kreisen; Graf Clam-Martinic, der Czechenführer im Abgeordnetenhaus, Graf Leo Thun, der Erminister, Graf Belveder, der talentvolle Sprecher der Feudalpartei im Unterhaus u. a. m. haben ein Kapital zusammengelegt, damit das journalistische Werk ihre Prinzipien, aber auch ihre Personen vertrete. Wenn wir sagen, „das Vaterland“ hat es nach beiläufig anderthalbjährigen Wirken dahin gebracht, von Niemandem beachtet zu werden, so haben wir wohl das gelindeste Urtheil gefällt, denn diejenigen, die es auch beachten, gebrauchen es bloß als Zielscheibe für ihre Bolzen gegen Dunkerthum und Reaktion. Die Verwaltung dieses Unternehmens sah sich veranlaßt, einen Redakteur nach dem anderen, einen Mitarbeiter nach dem anderen zu entlassen, und dieser Tage geschah dasselbe dem von der „Kreuzzeitung“ empfohlenen Dr. Keipp. Nicht wenig mag dazu beigetragen haben, daß der bereits zum drittenmale eingeschossene Aktienfonds vollständig aufgebraucht ist, und der Stand der Abonnenten seit Neujahr eine neue Einzahlung voraussehen läßt. Bei solchen Geldverlegenheiten gerathen selbst reiche Kavalieren ein wenig in Not, besonders wenn die Tendenzen keine Anhänger gewonnen wurden, dafür aber die verstreute Sache dem allgemeinen Spott preisgegeben erscheint. Man sagt, daß ein Kapital von 180.000 fl. verputzt sei; wir können nicht glauben, daß das Journal nach kurzem Bestande schon diese Summe verschlungen habe; allein es ist jedenfalls die Erfahrung, daß diese Fraktion der Aristokratie keinen Boden im Volle habe, etwas gar zu teuer bezahlt.“

[Hannover, 26. Jan. (Vom Landtage.)] Da mehrstündiger Verhandlung diskutierte die Erste Kammer vorgestern den v. Möllingschen Antrag wegen der Militärstrafrechtsordnung, durch welche nicht bloß die Militärpersonen, sondern auch das Gesinde und die Familien von Militärs den Militärgerichten unterworfen werden. Herr v. Mölling führte aus, daß diese Personen ihrem ordentlichen Richter entzogen werden seien durch eine königliche Verordnung, welche nicht den Charakter eines Gesetzes habe, da dieselbe weder den Ständen zur Beratung vorgelegt, noch von ihnen genehmigt worden sei. Es würde daher, wenn die Verordnung vom 1. Februar in Kraft trete, eine Verfassungsverletzung erfolgen, wosür die kontraktierende Minister der Justiz und des Krieges zur Verantwortung gezogen werden könnten. Um einem solchen Konflikte vorzubeugen, sei es erforderlich, noch vor dem Tage des Infrastrukturens an die Regierung das Ersuchen zu richten: „dieselbe wolle die neue Militärstrafrechtsordnung, wenigstens in so weit diese Anwendung auf Zivilpersonen finden soll, einstweilen suspendiren und über die Unterstellung der letzten unter die Militärgerichte mit der allgemeinen Ständeversammlung die verfassungsmäßige Verhandlung zulegen.“ Der Regierungskommissar Kriegsrecht Flügel beklagte den Urtag mit einem großen Aufwande von Scheingründen. Mölling verlangte darauf, daß man ihm den Beweis lese, daß die Familien und das Gesinde der Militärs zur bewaffneten Macht zu zählen seien. Flügel vertrieb sich nun zu der Behauptung, daß die Familie und das Gesinde in Bezug auf die Gerichtsbarkeit dem Familienhaupt folge; sei also das Familienhaupt Militär, so verstehe es sich von selbst, daß die Familie und das Gesinde den Militärgerichten unterworfen seien. Nachdem v. Schlepegrell diesen Unfall in tiefster Weise widerlegt hatte, suchte der Justizminister v. Bar aus der Verfassung die angefochtene Militärverordnung zu vertheidigen, mußte sich indessen von Mölling sagen lassen, daß er die Verfassung durchaus widersinnig anslege. Generalleutnant v. Tschirschky wagte sich nun mit der Behauptung hervor, daß Frauen und Gesinde von Militärs zur bewaffneten Macht gehören, da sie in den Militärlisten aufgeführt würden und jede Veränderung in dem Bestande anmeldet werden müsse, eine Beweisführung, der sich der Justizminister v. Bar mit dem Bemerkung anschloß, daß Herr v. Tschirschky als Militär am Besten wissen müsse, wer zur bewaffneten Macht gehöre. Schließlich wurde der Antrag mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen.

[Sachsen. Dresden, 27. Jan. (Abschaffung des Visfrens der Reisepässe.)] In Bezug auf die (bereits telegraphisch gemeldete) Abschaffung des Visfrens der Reisepässe bemerkt das „Dr. Journ.“: „Schon seit längerer Zeit hatte die fälschliche Regierung erkannt, daß die bisherigen Vorschriften über die polizeiliche Legitimation der Reisenden mit dem immer mehr sich ausdehnenden Eisenbahnverkehr nicht durchgehends mehr vereinbar seien. Sie würde daher im Anschlusse an die bereits seit dem Jahre 1841 eingetretene Einführung des Reiseverkehrs durch Einführung der Postkarten ihrerseits schon längst zu einer entsprechenden Änderung jener Vorschriften geschriften sein, wenn nicht zu erwarten gewesen wäre, daß durch die dessaligen, seit einigen Jahren bei der jährlichen Polizeikonferenz stattgefundenen Verhandlungen dahin zu gelangen sein würde, daß überhaupt das Passwesen im Gebiete des ganzen Deutschen Zollvereins wesentlich umgestaltet werden würde. Da aber diese Verhandlungen bis jetzt zu dem gewünschten Ziele noch nicht geführt haben, so hat die diesseitige Regierung nicht länger anstreben wollen, für die hiesigen Laude die für

den Fremdenverkehr lästigsten Vorschriften abzuändern. Zu diesem Behufe ist nun durch die obige Verordnung das Bistum der Neisse-Pfarre, insoweit es nicht von den Reisenden selbst gewünscht wird, ganz aufgehoben, nachdem aber auch durch besondere Verfügung aus dem Ministerium des Innern die, namentlich in den Städten Dresden und Leipzig bestehende Einrichtung, wonach mit der polizeilichen Anmeldung derjenigen Fremden, welche sich über Nacht am Orte aufhalten wollen, die Legitimationen derselben an die Polizeibehörde einzureichen sind und bei der letzteren bis zur Abreise der betreffenden Fremden aufbewahrt werden, in Ansehung solcher Reisenden, welche mit Pässen oder Passkarten versehen sind, dahin abgeändert worden, daß die Vorzeigung und Abgabe dieser Legitimationen künftig, insofern nicht in einzelnen Fällen aus ganz besonderen Gründen von der Behörde darauf bestanden werden muß, nur dann zu geschehen hat, wenn der Fremde sich längere Zeit am Orte aufzuhalten will und zu diesem Behufe, in Gemäßheit der bestehenden regulativmäßigen Vorschriften, nach Ablauf von 3 Tagen eine Aufenthaltskarte sich auszumüllen verpflichtet ist. Denn im letzteren Falle liegt es in der Natur der Sache, daß der Fremde, welcher einen längeren Aufenthalt am Orte nehmen will, sich über die Identität seiner Person auswählen und dadurch, im Interesse der übrigen Einwohner, der Ortsbehörde eine gewisse Garantie gewähren muß. Wenn übrigens die vorstehenden Maßnahmen zur Zeit nicht mit auf solche Reisende, welche Wanderbücher, Arbeitsbücher oder Schiffzeugnisbücher führen, also auf Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen, Fabrikarbeiter und Schiffsknechte erstreckt worden sind, so liegt der Grund hiervom darin, daß bei diesen Reisenden andere, zum Theil in ihren Gewerbs- oder Dienstverhältnissen begründete Rücksichten einschlagen, welche es ratschlich machen, hinsichtlich ihrer es bis auf Weiteres bei den bestehenden Einrichtungen noch beenden zu lassen.

[Vergrößerung.] Das „Dresdner Journal“ meldet: Vor gestern Vormittag sind oberhalb Schandau durch Einsturz einer großen Felswand im Postelwitzer Sandsteinbruch 24 Arbeiter verschüttet worden. Heute Mittag waren die sofort unternommenen Rettungsarbeiten so weit gediehen, daß mit den Verschütteten korrespondirt werden konnte. (Nach einem Telegramme des „Dr. J.s“ waren noch am Abend des 26. alle Verunglückten nach großen Anstrengungen unbeschädigt gerettet.)

Ahnhalt. Dessau, 26. Januar. [v. Plöß f.] Der Minister v. Plöß, der schon seit Jahren krankte, ist vor gestern Abend gestorben.

Baden. Karlsruhe, 26. Januar. [Judemanzipation.] Der Begründung des bereits erwähnten Gesetzentwurfs über die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Baden entnehmen wir nach der „Karlse. Ztg.“ folgende Stellen: „Die Hinwegräumung der letzten Hindernisse, welche nach der jetzt bestehenden Gesetzgebung noch der vollen Gleichstellung der Israeliten mit der christlichen Bevölkerung des Landes entgegenstehen, ist nicht nur vom Standpunkte der Humanität und Zivilisation eine unabsehbare Forderung der Gerechtigkeit; sie ergiebt sich auch in logischer Notwendigkeit aus der folgerichtigen Entwicklung der Grundsätze unserer Verfassung, insbesondere des Grundsatzes, daß die Ausübung der staatsbürglerischen Rechte unabhängig sein sollte von der Konfession. Die Gleichheit der Rechte, welche bei dem höheren politischen Verhältnisse zum Grundsatz erhoben ist, kann unmöglich auf die Dauer den untergeordneten gemeindebürglerischen Beziehungen verweigert werden. Jeder prinzipielle Einwand gegen die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten ist damit von vornherein beseitigt und Angesichts der auf dem letzten Landtag über diese Frage in der Zweiten Kammer stattgehabten Verhandlungen fürchtet die großherzogliche Regierung nicht, einem solchen Einwand bei der Landesvertretung zu begegnen. Die Verwirklichung der vollen Emmanzipation der Israeliten erscheint in der That dermalen nur als eine Frage der Zeitgemäßheit, und in keinem anderen Sinne wurde sie auch seit dem Bestehen der Gesetzgebung von 1831 in den Verhandlungen der Stände aufgefaßt. In Bezug auf die christliche Bevölkerung des Landes aber hält die grobk. Regierung an der Überzeugung fest, daß es einen ganz unberechtigten Zweifel in das natürliche Gerechtigkeitsgefühl und den gesunden Sinn des Volkes sezen hieße, wollte man jene Frage unter den jetzigen Zuständen verneinen und annehmen, daß auch nur eine große Minderheit im Volke geneigt sei, einer Klasse von Staatsangehörigen, welche längst alle Staatspflichten mit derselben Bereitwilligkeit wie andere Konfessionsangehörige erfüllt, bloß um ihrer Religion willen in einer sehr wichtigen Beziehung die Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern vorzuhalten. Bei solcher Sachlage glaubt die grobk. Regierung auf die Zustimmung der Stände zur endlichen Befestigung des nun mehr als 30jährigen Provisoriums im Rechtszustand der Israeliten bezüglich der Gemeinden umso mehr, dann zählen zu können, wenn, wie es geschieht, gleichzeitig für den Übergang solche Bestimmungen vorgeschlagen werden, welche geeignet sind die Interessen der im Besitz befindlichen christlichen Generation vor wesentlicher Beeinträchtigung zu bewahren.“

Sächs. Herzogth. Weimar, 27. Jan. [Gründung des Landtags; deutsche Frage.] Die Propositionschrift, mit deren Vortrag gestern der 16. Landtag des Großherzogthums von den dazu verordneten großherzoglichen Kommissarien eröffnet ward, enthielt in Bezug auf die allgemeine deutsche Angelegenheit folgende b. deutsame Stellen: Nachdem von dem Zustandekommen des deutschen Handelsgesetzbuchs mit Befriedigung gesprochen worden, heift es weiter ungefähr so: Weniger befriedigend sei der Blick auf die bis jetzt erfolglosen Bestrebungen, der Verfassung des deutschen Bundes eine den nationalen Bedürfnissen entsprechende Verbesserung zu ertheilen. Wie sehr, mit einer großen Zahl der deutschen Regierungen, das deutsche Volk danach begehrte, sei hinzichend bekannt worden, neuerdings noch in den freiwilligen Flottensammlungen. Die großherzogliche Regierung sei mit lebhafter Beihilfe diesen Bestrebungen gefolgt, die zwar nicht genügen würden, um die schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen, die aber als erfreuliche Vorläufer der patriotischen Bereitwilligkeit zu begrüßen wären, zur Leistung allgemeiner steuermäßiger Beiträge für den gleichen Zweck, durch die allein das Ziel zu erreichen sein werde. Die großherzogliche Regierung vertraue, daß, wenn solche Ansprüche an die deutschen Einzelstaaten ergeben, auch der Landtag des Großherzogthums seine oft erprobte patriotische Gesinnung bewahren werde. Das gleiche Vertrauen wird sodann ausgesprochen für alle die Fälle, wo die Regierung bestrebt sei, für das Land solche Einrichtungen

zu treffen, welche geeignet seien, ohne Beeinträchtigung der inneren Verhältnisse die Gesammtfrage des Ganzen zu erhöhen. Noch wird schließlich der Wunsch bestont, daß da, wo das gesetzte Recht nach Wiederherstellung verlangt, diese endlich erfolgen, daß überhaupt ein Zustand thunlichster Befriedigung mehr und mehr an die Stelle schmerzlicher Erwartung treten möge. (A. P. 3.)

Großbritannien und Irland. London, 26. Jan. [Über die Finanzen der amerikanischen Union] bemerkt die „Times“: Als die Nordamerikaner den Krieg begannen, betrug ihre regelmäßige Einnahme ungefähr 16,000,000 Pf., in ein paar Wochen waren die laufenden Ausgaben auf 75,000,000 Pf. per Jahr gestiegen, und jetzt können wir sie unbedenklich, und ohne uns im Geringsten der Gefahr der Uebertreibung auszusetzen, auf 100,000,000 Pf. anschlagen. Die Amerikaner geben daher mehr als sechs Mal so viel aus als früher, und sechs Mal so viel als ihre Mittel erlauben, sie müßten denn ihr Einkommen in demselben Maße steigern, wie ihre Ausgaben. Darin sind sie aber vollständig geschleift; ja, sie haben eigentlich noch kaum den Versuch dazu gemacht. Der Finanzminister kann weder durch Steuern, noch durch Anleihen Geld bekommen; wohl aber kann er Noten drucken lassen und diese Noten mit Gewalt in Zirkulation setzen. Es kommt nur darauf an, wie lange dieses Auskunftsmitte vorbehalten wird. Wahrscheinlich hofft die Unionregierung, sie werde, so wie sie sechs Monate von Anleihen gelebt hat, weitere sechs Monate von Papier leben können, mittlerweise den Süden unterwerfen, die Union wiederherstellen und dann wieder in sicherem Fahrraum segeln. Mit einem Worte, die Emission von Papier vergönnt ihr, noch einmal um den Sieg zu würfeln. Wie der Wurf fällt, wird sich bald zeigen. Wenn die Konföderirten in ein paar Monaten gründlich besiegt sind, so wird es der Regierung des Präsidenten Lincoln, wenn sie gleich durch diese Papier-Emissionen in groÙe Verlegenheit gerathen ist, spätestens vielleicht doch gelingen, die Dinge wieder ins Reine zu bringen. Wenn aber, was unendlich wahrscheinlicher ist, der Kampf so fortgeht, wie er begonnen hat, so müssen die Finanzen des Nordens zusammenbrechen, indem es kein anderes Auskunftsmitte gibt, zu dem Herr Chase seine Zuflucht nehmen könnte.

[Lagesnotizen.] Die Königin hat dem englischen Gesandten in Washington, Lord Lyons, das Großkreuz des Bathordens verliehen. — Lord Palmerston hat, wie üblich, seine Anhänger im Unterhause durch ein Schreiben vom 20. d. eracht, sich am 6. Februar im Parlament einzufinden, da Angelegenheiten von erheblicher Wichtigkeit zur Belprechung kommen würden. — Die bei Gründung der Parlamentsession üblichen Bankette der Parteiführer werden auch diesmal, trotz der Laudestrauer, stattfinden. — Kontreadmiral James J. Stopford ist an der Stelle von Kontreadmiral Sir James Hope zum Oberkommandanten der ostindischen und chinesischen Stationen ernannt worden. — Gottfried Kinkel hat einen Zyklus deutscher Vorlesungen über Geographie im Versammlungssalon der von Deutschen stark bevölkerten Londoner Vorstadt Camberwell eröffnet. — An der Küste von Cornwall, bei Mullion, hat ein Fahrzeug Schiffbruch gelitten, das man, nach einigen an den Strand gewaschenen Papieren, für die Barke „Auguste Pablo“ aus irgend einem österreichisch-italienischen Hafen hält. Es war bisher nicht möglich, über diesen Punkt Gewißheit zu erlangen, denn von der Besatzung haben sich nur 4 Matrosen gerettet, schwachköpfige oder durch die aufgestandenen Leiden stumpf gewordene Leute, die weder englisch noch deutsch oder französisch verstehen, und von denen man bisher nichts Näheres erfahren konnte. Das zu Grunde gegangene Fahrzeug scheint eine Barke von ungefähr 300 Tonnen und mit Weizen befrachtet gewesen zu sein. — Eine Post aus der Kapstadt vom 22. Dez. meldet, daß man in der Transvaalischen Republik einem Kampfe mit den Nafatos entgegengesetzt. Im Lande des Kaffernhäuptlings Kreli herrschte Hungersnot. Das Oidium halte sich wieder auf den Neben gezeigt.

Frankreich. Paris, 26. Jan. [Lagesnotizen.] Der „Moniteur“ zeigt an, daß der Gesetzentwurf über die facultative Rentenkonversion dem Staatsrathe unterbreitet worden ist. Die dreißigjährigen Obligationen (obligations trentenaires) sollen in der Konversion mit einbezogen sein. — Dem „Constitutionnel“ zufolge wird der mexikanische General Almonte, der sich gegenwärtig in Belgien befindet, wo er wegen Besteigung des mexikanischen Thrones durch den Erzherzog Maximilian unterhandelt, die französische Expedition begleiten. — Der Kaiser hat dem Herrn Fabiani, Chefredakteur des „Observateur de la Corse“ den Rest seiner Preisträgerhaft erlassen. Der Generalprokurator von Bastia, wegen dessen „Kränkung“ jene Strafe verbängt wurde, ist bekanntlich inzwischen nach Aix versetzt worden. — Kontreadmiral Bonnard, Gouverneur der französischen Niederlassung in Cochinchina, hat, kaum auf seinem Posten angelommen, schon seine Operationen begonnen und sich am 6. Dezbr. nach ziemlich lebhaftem Kampfe (wie bereits telegraphisch gemeldet) des Hafens Roule Condor an der Küste Nieder-Cochinchina's bemächtigt. — Der „Ami de la Religion“ meldet, daß eine französische Gesandtschaft für China organisiert wird. Der Gesandte wird seinen Sitz in Peking und nicht in Shanghai nehmen. Er erhält eine Befoldung von 120,000 Fr., und wird zwei Sekretäre zweiter und dritter Classe, fünf Dolmetscher und zwei Sprachforcher mit sich nehmen. Der Generalkonsul von Shanghai erhält 50,000 Fr., die vier Konsuln erhalten 30,000 Fr. jährlich. Jeder wird ein Dolmetscher beigegeben. — Eine den Pariser Blättern zugegangene telegraphische Depesche aus Lissabon meldet, daß die Dampfschiffe „Mystic“, „Mohican“ und „Dawtah“ von der Marine der Vereinigten Staaten, welche zur Verfolgung des Kapers „Surate“ ausgesandt sind, am 11. Januar in Santa Cruz auf Teneriffa eingelaufen und am folgenden Tage wieder ausgelaufen seien.

[Die mexikanische Frage.] Die „Patrie“ enthält folgende Mitteilung: „Die Korrespondenzen aus Wien, London und Madrid sezen uns in Kenntniß, daß die mexikanische Frage die Gemüther stark in Anspruch nimmt. Man hält dort die Annahme einer liberalen monarchischen Verfassung in Mexiko für sicher. Die zwei Prinzen, die man für diese hohe Stellung bestimmt, sind der Erzherzog Maximilian, Bruder des Kaisers von Österreich, und der Graf von Flandern, zweiter Sohn des Königs der Belgier und Schwager des Erzherzogs Maximilian. Es ist uns unbekannt, welche Aussichten jeder auf die mexikanische Krone hat; die sie betreffenden

Gerüchte haben aber eine zu große Verbreitung gefunden, als daß wir sie mit Stillschweigen übergehen könnten.“ — In Verbindung mit obigen Nachrichten ist eine andere Behauptung des genannten Blattes nicht unwichtig. Es versichert nämlich, daß die Provinzen Meriko, Gueretaro, Durango, Tamaulipas, San-Luis-Potosi, Chiapa, Tabasco, Oaxaca, Tlascala, Mechacan, Coahuila und Guanarato Ende Dezember Deputationen nach Veracruz gesandt haben, um den Repräsentanten der drei verbündeten Mächte Petitionen zu überreichen, welche die Konstitution einer liberalen monarchischen Verfassung in Meriko verlangen. Der mexikanische Bundesstaat besteht aus 21 Departamentos, von welchen sich dieser Nachricht zufolge also 15 zu Gunsten der Errichtung einer Monarchie ausgesprochen haben.

Belgien. Brüssel, 28. Jan. [Leider.] Wie der „Indépendance“ aus Paris mitgetheilt wird, hat der spanische Gesandte in Paris, Mon, durch Depesche den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Madrid, Collantes, davon unterrichtet, daß die französische Regierung die Kandidatur des Prinzen Sebastian für den mexikanischen Thron durchaus verweise und die des Erzherzogs Maximilian offiziell unterstütze.

Italien. Turin, 25. Jan. [Lagesnotizen.] Ein königl. Dekret verordnet, daß die französischen und belgischen Gold- und Silbermünzen der Dezimalwährung in den neapolitanischen und sicilischen Provinzen denselben legalen Kurs haben sollen, wie die Reichsmünzen der gleichen Kategorie. — Aus Genua, 24. Januar, wird dem „Schwäb. Mer.“ telegraphisch gemeldet: Der „Sumter“, das Kriegsschiff der Südstaaten-Konföderation, ist in den Gewässern von Genua bemerkt worden. — Einer Depesche der „Italie“ aus Caserta vom 21. Januar zufolge sind im Walde von Sora 5 Räuber von der Bande Chiavone's, worunter der Adjutant desselben, Donnato Amadio, festgenommen worden. — Wie aus Neapel gemeldet wird, ist die Bande, welche sich zu Gorgano in der Provinz Capitanata herumtrieb, am Fortore zerstört worden; 24 Räuber wurden getötet. — Franz II. hatte den Beschädigten in Torre del Greco eine Unterstützung geschickt, diese Sendung aber mit einem Briefe an den Kardinal-Erzbischof von Neapel begleitet, worin er auch diese Gelegenheit benutzt, um Reaktion zu treiben und das Landvolk aufzubehen. Der Gemeinderath von Torre del Greco hat deshalb die Geldspende abgewiesen und gegen die Zuschrift mit der Bemerkung Verwahrung eingelegt, „er könne eine Gabe nicht annehmen, welche aus Händen komme, die noch von Blut gefärbt seien“. Die Mitglieder des Gemeinderathes haben diese Verwahrung einstimmig unterzeichnet, desgleichen die Mitglieder der Nationalgarde des Ortes.

[Militärisches.] Die Kommandanten der Bersaglieri des ersten, zweiten und fünften Armeekorps wurden angewiesen, bei jedem Bataillon zwei neue sogenannte provisorische Kompanien zu errichten, jene beim dritten und vierten Armeekorps aber nur eine. Aus diesen Kompanien wird das Ministerium dann jene bezeichnen, welche die zwei neuen Bataillone, das 35. und 36., zu bilden haben. Ferner wurde die Formierung der Kadres der sechsten Schwadron bei den Kavallerieregimentern und der siebten beim Gvidenkorps angeordnet und gleichzeitig befohlen, daß die drei neuen Kompanien, je eine per Bataillon, womit sämmtliche Grenadier- und Linienregimenter verstärkt werden sollen, mit dem 1. Jan. organisiert sein müssen.

Rom. Rom, 24. Jan. [Gesundheitszustand des Papstes.] Auf telegraphischem Wege erfährt man, daß der Papst seit zwei Tagen ziemlich starkes Fieber gehabt hat. Heute hat er das Bett verlassen und seine gewöhnlichen Arbeiten wieder vornehmen können.

Nußland und Polen.

Petersburg, 27. Jan. [Detailausschank von Spirituosen; Cigarrenhandel; neue Uniformirung der Armee; die Nordische Post.] In der (russischen) Sylvesteracht haben die Kaffeerstäranthalter und Konditoren den Brauntweinpächtern den Stuhl vor die Thüre gesetzt. Für das Recht zum Auschank von Spirituosen waren in letzter Zeit von den Pächtern so unverschämteforderungen gestellt worden, daß es zu einer Demonstration kommen mußte, und so haben denn 186 Restaurateure erklärt, lieber vom 1. Januar 1862 ab kein Bier und keinen Schnaps auszuschenken, als die unzinsige hohe Steuer, welche die Willkür der Brauntweinpächter defriert, zu zahlen. Früher erhob der Gouvernementspächter des Petersburger Bezirks von demselben Restaurateur 5 S. R., von dem er jetzt monatlich 100 S. R. verlangt. Auch dem Cigarrenhandel steht eine neue Maßregelung bevor. In Zukunft darf sich keine Fabrik mit Detailverkauf beschäftigen. Der Detailhändler darf höchstens 900 Stück und der Engrashändler muß mindestens 900 Stück auf einmal verkaufen. Die Banderolen sind dabei nur in großen Partien verlässlich, so daß jeder, der überhaupt als Cigarrenfabrikant oder Händler auftreibt, gleich mit mehreren tausend Rubeln für Banderolen aufzutreten muß. Um den erwarteten Massenbedarf von Banderolen zu decken, druckt die Staatsdruckerei Tag und Nacht. — Dem Militärbudget steht trotz der umfassenden Armeereduktion eine große Belastung durch die gänzliche Veränderung der Armeuniformirung bevor. Es ist bereits gemeldet, daß der Helm ganzlich abgeschafft und durch das Käppi ersetzt werden soll. Es handelt sich aber nicht nur um die Kopfbedeckung, sondern um das ganze Kostüm, das in Zukunft völlig national, nach Art der alten Militäruniform oder wie gegenwärtig das Schützenbataillon der kaiserlichen Familie, montirt werden soll. Also Pumphosen in hohe Stiefel gesteckt, Rülle ohne Knöpfe und Schnüre, rothe Schärpe um den Leib und eine pelzverbrämte runde Mütze ohne Schirm. Das Kostüm ist äußerst kleidam, bequem und jedenfalls billiger, als die bunten Uniformen im westeuropäischen Stil. Die Neubeschaffung wird aber, wenn sie nicht ganz allmälig vor sich gehen soll, viel kosten. Außerdem wird die ganze Armee kurz Pelze bekommen. Deren sind bereits 80,000 bestellt. — Das neue Journal des Ministeriums des Innern, die „Nordische Post“, scheint den Ansprüchen, die man an dasselbe stellen kann, wohl entsprechen zu wollen. Aber freilich läßt sich bei einer so großartigen Dotiration, wie man sie ihm zu Theil werden ließ, auch etwas Absonderliches verlangen. Der Chefredakteur erhält, wie man hört, jährlich 8000 S. R., die sechs Mitarbeiter jeder jährlich 4000 S. R. und jeder der sechs sogenannten Gehülfen 1000 S. R. Gehalt. Das macht also nur allein für die Bezahlung des Redaktionspersonals 38,000 S. R. jährlich. Reichstagswienige darf man die Schöpfung dieses Blattes als einen wichtigen Fortschritt bezeichnen, da es sich nicht damit befagt, durch die Bensurche reihe verunstaltete Artikel zu bringen, und da es in Angriff genommen oder schon im Zuge begriffene administrative Reformen dem Publicum rechtzeitig, anständig, eine Tattik, die bisher unserer Presse nur in sehr ausnahmsweisen Fällen erlaubt war. (R. S.)

Dänemark.

Copenhagen, 26. Januar. [Die Gründung des Reichsrath.] Der Reichsrath hat gestern Mittag 12 Uhr stattgefunden. Der Konsulspräsident Hall verlas ein königliches Rescript, wodurch er beauftragt wird, den Reichsrath zu eröffnen, und darauf folgende (auf telegraphischen Wege schon angezeigte) königliche Botschaft: „Wir Frederik u. s. w. senden dem Reichsrath Unsere königlichen Grüße! Als Wir in der vorigen Session dem Reichsrath mittheil-

ten, daß Wir, zur Erfüllung von Bundesbeschlüssen, denen Wir uns mit Erfolg nicht widerlegen konnten, das Verfassungsgesetz vom 2. Oktober 1855 in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg aufgehoben hatten, sprachen Wir die Hoffnung aus, daß es Unseren fortgesetzten Bestrebungen gelingen möchte, daß durch zerrissene Band wieder anzuknüpfen. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Sie ist gescheitert an dem Widerstand der holsteinischen Ständeversammlung, die sich auf Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung stützen konnte, welche für die zum Bunde gehörenden Landesteile eine andere Selbständigkeit und Gleichberechtigung forderten, als die, welche denselben durch ihre besonderen Verfassungen und durch ihre gleichmäßige Theilnahme an der Gesamtverfassung eingeräumt war. Die neue Ordnung der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, welche demgemäß zur Notwendigkeit geworden, ist Gegenstand von Unterhandlungen, worüber dem Reichsrath Bericht erstattet werden wird. Das Interesse befriedeter Mächte für die Aufrechterhaltung eines unabhängigen dänischen Reiches stärkt Unsere Hoffnung, daß eine zufriedenstellende Lösung wird erreicht werden können. Es ist Unser Wille, Unserm Herzogthum Schleswig eine freiere Entwicklung zu geben, namentlich dessen provinziellen Institutionen eine volksbürtliche Grundlage. Dieses ist nur die Ausführung der Grundsätze, welche wir in Unserer gesammten Regierungszeit festgehalten haben. Solches wird ohne Gefahr für die Ruhe und den Zusammensatz Unseres Staates geschehen können, sobald die Beendigung Unseres Zwistes mit dem deutschen Bunde Schleswig gegen fremde Einmischung sicher stellt. Dagegen dürfen diese Verwicklungen nicht die Verbesserungen aufhalten, welche das Gemeinwohl für die Gesamtverfassung selbst, so wie für die zu dessen Bereich gehörenden Gesetze fordert. Die dahin gehenden Vorschläge werden die sorgfältige Prüfung des Reichsraths finden, wenn auch einige derselben, insofern solche zugleich auf Landesteile Anwendung finden sollen, die dessen gegebene Autorität nicht untergeben sind, zu ihrer Durchführung eine Mitwirkung dieser bedürfen. Letzteres wird namentlich mit der Reform des Zolltarifs, welche die materiellen Interessen des Reichs erfordern, der Fall sein. Die Verhältnisse haben es notwendig gemacht, von dem im §. 54 des Verfassungsgesetzes vom 2. Oktbr. 1855 uns gegebenen Recht, unter besonders dringlichen Umständen die Abhaltung nichtbewilligter Ausgaben zu resolviren, Gebrauch zu machen. Diese Resolutionen werden vom Reichsrath vorgelegt werden. Die Summen, welche vom Reichsrath für die künftige Finanzperiode bewilligt werden, werden ausschließlich von den in demselben repräsentierten Landesteilen zu entrichten sein. Wo ausnahmsweise die Gültigkeit der Bewilligung davon bedingt ist, daß ein verhältnismäßiger Betrag von Holstein entrichtet wird, wird solches aus der Fassung des Vorschages selbst hervorgehen. Wir sehen der Wirklichkeit des Reichsrathes mit der Zuversicht entgegen, daß derselbe seinen König darin unterstützen wird, die Ehre und Unabhängigkeit seines Reiches zu wahren, die Freiheit und das Wohl des Volkes zu fördern.

Türeki.

Mostar, 24. Jan. [Die Insurgenten] verwarfen kategorisch den Amnestieantrag Omer Pacha's, worauf Derwisch Pacha mit 11 Bataillonen und allen irregulären Truppen in zwei Richtungen von Trebinje aufgebrochen ist, um die Straße nach Ragusa für Proviant zu öffnen, und Zubruch mit einer Kraft anzugreifen, welches die Insurgenten zu räumen beginnen.

Vom Landtage.

Herrnhaus.

Der dem Herrenhause vorgelegte Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit, der zunächst eine Abänderung der Art. 49 und 61 der Verfassungsurkunde bedingt, zerfällt in 4 Abschnitte und 46 Paragraphen. Der erste Abschnitt bestimmt, daß Minister wegen Verfassungsverletzung angeklagt werden können. Dieselbe wird darin gefunden, wenn ein Minister in Verwaltung seines Amtes eines Eingriffes in die durch die Verfassungsurkunde gewährleisteten Rechte unter Zuwidderhandlung gegen ausdrückliche Gesetzesvorschriften vorsätzlich und mit dem Bewußtsein der Verfassungswidrigkeit schuldig macht. — Der zweite Abschnitt handelt von dem Verfahren in den Häusern des Landtages bei Anklage gegen die Minister. Der Antrag auf Anklage eines Ministers kann in jedem der beiden Häuser schriftlich gestellt werden; er muß im Herrenhause von wenigstens 30, im Abgeordnetenhaus von wenigstens 50 Mitgliedern unterschrieben sein und eine genaue Bezeichnung der Thatsachen, durch welche, und der Gesetze, gegen welche gesetzt ist, enthalten. Acht Tage nach Einbringung derselben tritt das betreffende Haus zur Beratung zusammen, um nach Anhören des betreffenden Ministers zu beschließen, ob dem Antrage Folge zu geben und der Antrag an einen Ausschuss zu verwiesen ist. Dieser Ausschuss muß aus 3 Mitgliedern des Herrenhauses und 5 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestehen, jedoch darf von den Antragstellerin Niemand zu diesem Ausschuss gewählt werden. Der Ausschuss schreitet zu allen Ermittlungen und Beweisaufnahmen, welche er für erforderlich erachtet, hat das Recht, Zeugen und Sachverständige nötigenfalls auch unter Anwendung der durch die Straf-Prozeßordnung zugelassenen Zwangsmitteln endlich zu vernehmen oder diese Vernehmung durch die Gerichte zu veranlassen. Um die Mittheilung der zur Ausführung der Sache erforderlichen amtlichen Akten und Urkunden hat der Ausschuss das Staatsministerium zu erüben, welches jedoch deren Mittheilung verweigern muß, insoweit dieselben Gegenstände enthalten, deren Veröffentlichung nach seiner Überzeugung den Interessen des Staats nachtheilig oder gefährlich sein würde. Innerhalb dreißig Tagen muß der Ausschuss über seine Ermittlungen Bericht erstatte oder bei jedem Hause vor Ablauf dieser Zeit eine neue Frist nachsuchen. Der erstatte Bericht geht, wenn beschlossen die Anklage zu erheben, zunächst mit der Mittheilung, an welchem Tage die Sache auf die Tagesordnung kommt, an das Staatsministerium. Bei der Verhandlung muß der betreffende Minister auf sein Verlangen gehört und ihm das legitime Wort gewährt werden. Wenn die Erhebung der Anklage beschlossen wird, so ist dieser Beschluß mit den darüber stattgehabten Verhandlungen innerhalb dreier Tage dem anderen Hause zugestellt. In diesem ist innerhalb acht Tagen, von der erfolgten Mittheilung an gerechnet, die Sache auf die Tagesordnung zu bringen, und dabei wie in demjenigen Hause, welches die Anklage beschlossen hat, zu verfahren. Tritt das Haus dem Beschlüsse des anderen auf Erhebung der Anklage nicht bei, so hat dieser Beschluß Kraft des Gesetzes die Folge, daß alle bisherigen Verhandlungen nicht als gelohnt zu betrachten sind. Tritt das Haus dem Beschuß des anderen auf Erhebung der Anklage bei, so wählen beide Häuser des Landtages in gesonderten Sitzungen acht ihrer Mitglieder zu Kommissionen, um die Anklagechrift innerhalb einer präzisiven Frist, welche den Zeitraum von vier Wochen nicht übersteigen darf, abzufassen und die Anklage zu verfolgen. Drei dieser Kommissionen sind im Herrenhause, fünf im Hause der Abgeordneten zu wählen. Werden die beiden Häuser des Landtages verlost, oder wird ihre Sitzungszeit geschlossen, bevor die auf Grund des Anklagebeschusses von den Kommissionen der beiden Häuser angestellte Anklagechrift an das erkennende Gericht erfolgt ist, so wird der Prozeß bis dahin, daß die beiden Häuser des Landtages wieder zusammenentreten, sistirt. Erfolgt die Verhandlung oder Schließung der Häuser des Landtages, nachdem die Mittheilung der Anklagechrift an das erkennende Gericht erfolgt ist, so findet eine Sitzung des Prozesses nicht statt. Wenn während des Prozesses die Legislaturperiode abläuft, oder das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird, so ist der Prozeß in der Lage, in welcher er sich gerade befindet, abzubrechen und bis zum Wiederzusammentreffen der beiden Häuser des Landtages zu sistiren. — Der dritte Abschnitt handelt von dem erkennenden Gerichtshofe und dem Verfahren vor demselben. Danach entscheidet über die gegen einen Minister nach Maßgabe der vorhergehenden Bestimmungen erhobene Anklage ein aus zwölf Mitgliedern

bestehender Gerichtshof, welcher aus Präsidenten und Mitgliedern des Obertribunals und Ersten Präsidenten sämtlicher Obergerichte der Monarchie besteht. Derselbe wird dadurch gebildet, daß aus den Mitgliedern des Obertribunals 20 und von den Ersten Präsidenten der Obergerichte 10 Mitglieder durch das Los gewählt und aus diesen so gewählten 30 Richtern nach Art der Schwurgerichte das obenerwähnte Richterkollegium von 12 Personen ausgewählt und erwählt werden. Auch können aus dieser Zahl noch ein oder zwei Erstaufsichtsräte gewählt werden. Die Vorrichtungen der Staatsanwaltschaft werden, insoweit sie die Durchführung der Anklage betreffen, von den Kommissionen der beiden Häuser des Landtages wahrgenommen, welche besagt sind, einen oder zwei aus ihrer Mitte damit zu beauftragen. Der Generalstaatsanwalt beim Obertribunal, und, wenn dieser etwa zur Zeit des gesuchten Anklagebeschusses Mitglied eines der beiden Häuser des Landtages der Monarchie gewesen ist, sein, dem Dienstalter nach ältester Vertreter, ist zu dem Verfahren vor dem Gerichtshofe einzuziehen. Er hat das Recht, Anträge zu stellen, welche die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens betreffen, und er muß nach dem Schlusse der Verhandlungen als Vertreter des Gesetzes gehört werden. Die Offenheit der Verhandlungen kann nur ausgeschlossen werden, wenn der Generalstaatsanwalt beim Obertribunal, beziehungsweise dessen Vertreter, unter Vorlegung eines hierauf gerichteten ausdrücklichen Befehls des Justizministers, oder — wenn dieser der Angeklagte ist — des Vertreters desselben, darauf anträgt, um die Öffentlichkeit von Staatsgeheimnissen zu verhindern. Die Verhandlung hierüber erfolgt in geheimer Sitzung in Gegenwart der Kommissionen der beiden Häuser des Landtages und des Angeklagten, welche auf ihr Verlangen darüber gehört werden müssen. Die Strafe, auf welche der Gerichtshof zu erkennen hat, ist, wenn der Angeklagte schuldig befunden worden, Einschließung bis zu fünf Jahren. Die Verurteilung hat Kraft des Gesetzes den Verlust des Amtes als Minister und die Unfähigkeit des Verurteilten zur übermaligen Beliebung eines Ministeramtes zur Folge. Erachtet der Gerichtshof dafür, daß der zur Amtsenthebung verurteilte Minister überdies Handlungen begangen, welche durch die gemeinen Strafgesetze vorgesehen sind, so ist das Verfahren hierüber den ordentlichen Strafgerichten vorzuhalten. Die Entscheidung des Gerichtshofs ist einem Rechtsmittel nicht unterworfen. Findet in Gemäßheit der Strafprozeßordnung eine Wiederaufnahme der Untersuchung statt, so wird die neue Entscheidung von einem nach den Vorschriften dieses Gesetzes neu gebildeten Gerichtshofe gefällt. Eine Ausfertigung des Urteils wird dem Könige, den beiden Häusern des Landtages und dem Staatsministerium überreicht. In Betreff des Begnadigungsschrittes der Krone bestimmt der §. 44: „Das uns zustehende Recht der Begnadigung und Strafmilderung werden wir niemals dahin ausdehnen, daß ein Minister, welcher auf Grund der Verurteilung seines Amtes verlustig gegangen ist (§. 40), in dieses wieder eingezogen, oder ihm ein anderes Ministeramt übertragen werde.“

Haus der Abgeordneten.

Die wesentlichen Bestimmungen des im Abgeordnetenhaus eingebrochenen Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer, sind folgende: Die Oberrechnungskammer ist eine von den Ministern unabhängige, nur dem König untergeordnete Behörde, welche die Kontrolle des gesamten Staatshaushalts durch Prüfung und Feststellung der Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben von Staatsgeldern, über Zugang und Abgang von Staatsgegenständen und über die Verwaltung der Staatschulden zu führen hat. Die Oberrechnungskammer besteht aus einem Präsidenten und den erforderlichen Zahl von Direktoren und Räthen. Dieselben werden von dem König ernannt, der Präsident auf den Vorschlag des Staatsministeriums, die Direktoren und Räthe auf den Vorschlag des Präsidenten der Oberrechnungskammer unter Gegenseitung des Vorsitzenden des Staatsministeriums. Niemand kann die Stelle eines Präsidenten oder anderen Mitgliedes der Oberrechnungskammer bekleiden, welcher nicht mindestens vier Jahre als Mitglied einer Regierung oder eines Appellationsgerichts oder in einem anderen Amt von gleichem oder höherem Range angestellt gewesen ist. Bei allen wichtigen Angelegenheiten ist kollegiale Beratung und Beschlussfassung erforderlich. — Der Revision durch die Oberrechnungskammer unterliegen zuvor der Rechnungskammer alle diejenigen Rechnungen, durch welche die Ausführung des Staatshaushaltsgesetzes und der sämmtlichen Etats und Nachweisungen, auf welchen derselbe beruht, dargelegt wird. Namentlich liegt ihr ob, die vor der Seehandlung geführten Balancen und Bücher zu revidieren. Da Ansehung derjenigen Rechnungen und Nachweisungen, deren Revision nicht der Oberrechnungskammer, sondern den Verwaltungsbehörden übertragen ist, verbleibt der Ersteren die Befugnis, von Zeit zu Zeit dergleichen Rechnungen und Nachweisungen einzufordern, um sich zu überzeugen, daß die Verwaltung der Fonds, worüber sie geführt werden, vorsätzlich ausgenutzt werden. — Bei der Revision der Rechnungen hat sich die Oberrechnungskammer insbesondere auch der Prüfung einzelner Staatsüberschreitungen zu unterziehen. Als Staatsüberschreitungen, zu welchen nach Art. 104 der Verfassungsurkunde die nachträgliche Genehmigung der Häuser des Landtages erforderlich ist, sind alle Mehrausgaben zu betrachten, welche gegen die einzelnen Kapitel und Titel des nach Art. 99 der Verfassungsurkunde festgestellten Staatshaushaltsgesetzes stattgefunden haben, sowohl nicht einzelne Titel in dem Etat als übertragbar ausdrücklich bezeichnet sind, und bei solchen die Mehrausgaben bei einem Titel durch Minderausgaben bei anderen ausgeglichen werden. — Die Oberrechnungskammer ist berechtigt, von den Behörden jede, bei Prüfung der Rechnungen und Nachweisungen für erforderlich erachtete Auskunft, sowie die Einwendung der bezüglichen Bücher und Schriftstücke, auch von den Provinzial- und den denselben untergeordneten Behörden die Einwendung von Alten zu verlangen. Der Präsident der Oberrechnungskammer ist befugt, Bedenken und Erinnerungen gegen die Rechnungen an Ort und Stelle durch Kommissionen erörtern zu lassen, auch zur Informations-Einziehung über die Einzelheiten der Verwaltung Kommissionen abzuordnen. Ebenso steht ihm das Recht zu, außerordentliche Kassen- und Magazin-Revisionen zu veranlassen. — Die bei der Rechnungs-Revision von der Ober-Rechnungskammer aufgestellten Erinnerungen, welche durch den Schriftwechsel derselben mit den verwaltenden Behörden nicht erledigt werden, unterliegen ausschließlich der königl. Entscheidung. Insoweit solche Erinnerungen jedoch aus dem Grunde aufgestellt worden sind, weil das Verfahren der verwaltenden Behörden bei der Vereinnahmung oder Erhebung, bei der Herausgabe oder Verwendung von Staatsgeldern oder bei der Erwerbung, Benutzung oder Veräußerung von Staats-Eigentum mit den Bestimmungen des gesetzlich festgestellten Staatshaushaltsgesetzes in Widerspruch gestanden habe, soll die Niederschlagung derselben nur mit eingeholter Zustimmung beider Häuser des Landtages verfügt werden können. — Die Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer, welche nach Vorschriß des Artikels 104 der Verfassungsurkunde mit der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt eines jeden Jahres von der Staats-Regierung den Häusern des Landtages vorzulegen sind, müssen ergeben: 1) ob die in dieser Rechnung in Einnahme und Ausgabe aufgeführten Beträge mit denjenigen übereinstimmen, welche in den von der Ober-Rechnungskammer revidirten Kassen-Rechnungen in Einnahme und Ausgabe nachgewiesen sind; 2) ob und welche Staats-Ueberschreitungen im Sinne des §. 41 des gegenwärtigen Gesetzes stattgefunden haben; 3) über welche Erinnerungen nach der Bestimmung im §. 18 von beiden Häusern des Landtages zu bestehen ist.

Aus den Motiven zur neuen Kreisordnung tragen wir noch Eingehend nach. Über die Ernenntung der Landräthe, zu welchen nach dem Entwurf von 1860 die gesamte Kreisvertretung Kandidaten vorschlagen sollte, geben die Motive folgende Erläuterung: Nachdem das Edikt vom 30. Juli 1812 ad VI. angeordnet hatte, daß das Amt des Kreisdirektors vom Staate aufgetragen und die Wahl desselben durch die Kreisstände nicht mehr statthalten sollte, haben so wenig die eingetragenen Kreisordnungen, durch welche die durch jenes Edikt angeordneten Kreisverwaltungen befreit worden sind, wie die zur Ergänzung derselben erlassenen späteren Gesetze Bestimmungen über eine Mitwirkung der Kreisstände bei Wiederbesetzung erledigter Landratsstellen aufgestellt. Dagegen haben des Königs Majestät in verschiedenen Reglements und Kabinettsordnungen angeordnet, daß in denjenigen Kreisen der östlichen Provinzen, in welchen die Kreisstädterschaft sich im Jahre 1806 nachweislich in dem ausschließlichen Besitz des Reichs befanden, die dem Landesherrn in Vorschlag zu bringenden Kandidaten für ein erledigtes Landratsamt zu wählen, die Rittergutsbesitzer, in den übrigen Kreisen aber, ebenso wie die in den westlichen Provinzen die Kreisverwaltungen befreit sein sollen, dem Landesherrn bei eintretender Balanz eines Landratsamtes 3 Kandidaten aus der Zahl der Rittergutsbesitzer resp. der Nobelposten unter den übrigen ländlichen Grundbesitzern zu präsentieren. Da diese Reglements und Ordnes nicht in der Form von Gesetzen erlassen und publiziert worden sind, ist die Krone unzweifelhaft befreit, einseitig und ohne Mitwirkung der Landesvertretung darin diejenigen Änderungen einzutreten zu lassen, welche durch das Bedürfnis der Verwaltung etwa geboten sein möchten, und sie hat von dieser Befugnis bereits Gebrauch gemacht, indem sie das den Kreisversammlungen der Provinz Posen eingeräumte Wahlrecht durch die Orde vom 2. Februar 1853 einstweilig suspendirt hat. Es liegt zur Zeit, zumal mit

Rücksicht auf Art. 47 der Verfassungsurkunde, keine Veranlassung vor, die dies-fälligen Machtbefugnisse der Krone irgendwie gesetzlich zu beschränken. Die wichtige Stellung, welche das bewährte Institut der Landräthe, dessen Bedeutung mit der Entwicklung der Monarchie selbst gewachsen ist, in dem gesamten Staatsorganismus einnimmt, wird es unter allen Umständen wünschenswert machen, daß zu Landräthen so viel als möglich nur Männer bestellt werden, denen das Vertrauen der Kreisvertretung in gleicher Weise steht, wie die Überzeugung der Staatsregierung von ihrer Fähigkeit zu dem Amt. Hierin liegt eine hinreichende Begründung dafür, daß die Krone wie bisher, so auch in Zukunft, der Kreisvertretung jede mit den Anforderungen des Staatsdienstes irgend vereinbare Mitwirkung bei Wiederbesetzung erledigter Landratsstellen einräumen wird. Eine solche Begründung durch eine allgemeine Bulle, ohne bestimmte Formulirung der Modalitäten in das Gesetz aufzunehmen, ist immer unzweckmäßig und, wenn nicht schädlich, doch überflüssig. Die gesetzliche Festlegung einer bestimmten Mitwirkung der Kreisvertretung bei der Begebung der Landratsstellen würde aber die Krone in einer dem Staatsinteresse durchaus nicht förderlichen Weise beschränken. Denn es darf nicht übersehen werden, daß in demselben Maße, in welchem die Befugnisse der Kreisvertretung hinsichtlich der Selbstverwaltung der Kreisangehörigen ausgedehnt werden, die bisher in der landräthlichen Stellung liegende Funktion, den Kreis auch der Regierung gegenüber zu vertreten, an Bedeutung verliert, dagegen die Stellung des Landräths als eines Organs der Staatsregierung in den Vordergrund tritt. Es beschränkt sich daher §. 57 des Entwurfs auf die Bestimmung, daß der Landrat vom Könige ernannt wird.

Locales und Provinzielles.

R. Posen, 29. Jan. [Der Verein der deutschen Landwirthe] hat gestern hier seine Generalversammlung abgehalten. Wir werden Ausführlicher darüber morgen mittheilen.

EO Posen, 29. Januar. [Zur Londoner Industrieausstellung] werden auch aus unserer Provinz mehrere ländliche Grundbesitzer und Gewerbetreibende aus den Städten Produkte des Landbaus und Gewerbfleisches einsenden. Wie die lgl. Kommission für die Londoner Industrie- und Kunstausstellung unter Vorsitz des Geh. R. Delbrück in Berlin unter dem 31. v. M. bekannt gemacht hat, ist die Empfangsstelle für die Provinz Posen in Stettin; die zwei Bezirkskommissionen aber für unsere Provinz befinden sich in der Stadt Posen und Bromberg. Hier in Posen ist Bezirkskommissar für diese Angelegenheit der Reg. Ass. Abels. Der Transport der Ausstellungsgegenstände (in Koffer's nicht unter 2 Kubikfuß) bis Stettin geschieht auf Kosten und Gefahr des Ausstellers; von Stettin bis London auf Staatskosten. Auf Antrag des Betheiligten besorgt die Kommission die Versicherung der eingesandten Gegenstände, aber auf Kosten des Ausstellers. Weder beim Austritte aus dem preußischen Staate, noch beim Eintritt in England, noch beim Wiedereintritt in den preußischen Staat darf irgend eine Steuer für den ausgestellten Gegenstand bezahlt werden. Die Annahme der Gegenstände erfolgt vom 6.—15. Februar, die der Kunstwerke vom 10.—15. März; für die Wollvliese der nächsten Schur erfolgt die Annahme an 2 Tagen im Mai. Am 1. Mai wird nach Bekanntmachung des Kommissars Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien die Weltausstellung eröffnet werden. Bis jetzt haben folgende Grundbesitzer und Industrielle aus unserem Regierungsbezirk die Beschickung der Londoner Ausstellung zugesagt: R. Lehmann in Nitsche (Roggen, Gerste, Flachs und Wollvliese), Möllard auf Göra (Schoten, Rebhühner, Schnepfen), Blatau in Berlin (Hosen für Neutomyl), Siebig in Lissa (Hirse, Buchweizen, Gries), Kürschnerinnung in Lissa (Kaninch- und Lammfelle), Samter in Lissa (Schweineborsten), Strilack in Waice, Kr. Birnbaum (15 Stück Glas), Goßlan in Rawicz (4 Dutzend Handtücher), Bissing in Lissa (Schachspieltisch mit 2 Sesseln); ferner aus der Stadt Posen: Cegielst (Pflüge, Sä-, Dresch- und Häckselmaschinen), Krzyzanowski (sitzlinische Madonna und Elefant in Steinquash), Beyland (Hobel und 4-flüglige Fenster), Włoszycy (Damenstöcke), Dąbrowski (Stiefel), v. Bogdański, Maciejewski und Hanczewski (Türschlösser), Tomaszewski (Lehnstuhl), Brennecke (englische Unterrichtsbücher), Below (Statuette und Gruppe). Es ist dies allerdings bis jetzt noch eine geringe Beliebigung an der Ausstellung Seitens unserer Provinz; hoffen wir jedoch, daß noch mehr Aussteller, und zwar aus den verschiedensten bei uns vertretenen Branchen industrieller Tätigkeit, die Resultate ihrer Leistungsfähigkeit, wie die großen Grundbesitzer unserer Provinz Proben der Resultate ihres Landbaus dorthin schicken mögen, damit die Provinz Posen nicht gar zu sehr gegen die anderen Provinzen unseres Staates zurückstehe.

[Erledigte Lehrerstellen.] Die zweite kath. Schullehrerstelle zu Scharfendorf (Kr. Samter) ist erledigt. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. — Die evang. Schullehrerstelle zu Groß-Gorzyce (Kr. Zielona Gora) wird zum 1. April c. erledigt. Die Bewerber, welche der polnischen Sprache mächtig sind, haben sich bei dem Schulvorstand zu melden. — [Sperre aufzuhaben.] Die Bluttaube unter den Schafen des Gutsbesitzers Hempel zu Kornaty (Kr. Wreschen) und die Pockenkrankheit unter den Schafen des Dominiums Unice (Kr. Wreschen) sind erloschen und die Sperre der Ortschaften aufgehoben.

L — [Posener Beerdigungsverein.] Am Sonnabend den 26. d. M. stand im Lokale des lgl. Polizeidirektoriums hier selbst die alljährliche Generalversammlung der selbständigen dastebenden dritten Klasse des Posener Beerdigungsvereins unter dem Vorsitz ihres Direktors, des Kriminalinspektors Kreßschmer statt. Das Resultat der Kasse ist diesmal so günstig, wie es noch nie erzielt wurde; sie hat einen Baarbestand von 867 Thlr. Dieses Resultat ist anerkennenswerte Leistung des Vereins-Rendanten, Tapezier Sturzel, zu verdanken. Die Versammlung beschloß, nach Bewilligung einiger, allseitig als zweckmäßig anerkannter Remunerationen, daß bisher gezahlte Sterbegeld von 46 Thlr. auf 50 Thlr. zu erhöhen, und den bisherigen monatlichen Beitrag von 7 Sgr. auf 5 Sgr. herabzusetzen. Es ist augenscheinlich, daß bei so günstigen Resultaten dieses so segensreich wirkende Institut keiner weiteren Empfehlung bedarf.

T — [Kunstnotiz.] Es ist uns eine angenehme Pflicht, das Publikum auf ein Porträt aufmerksam machen zu können, welches gegenwärtig in dem Lokale des Herrn J. Mendelsohn (Wilschmidtstr. 23) ausgestellt und von dem Porträts- und Historienmaler R. Bradengräber bei seiner Anwesenheit hier selbst gemalt ist. Der Künstler hat auf den Akademien zu Berlin, Dresden und München seine Ausbildung genossen, war Schüler des berühmten Professors Vogel v. Vogelstein in Dresden, hat in Italien die alten Meister studiert und mehrere seiner Bilder haben auf den Berliner Kunstaustellungen sehr gefallen. Auch in

p — [Ein Liebhaber seiner Herrenwäsche] wurde am vergangenen Sonntage in einem Hause der Breslauerstraße auf recht unangenehme Weise gestört. Ein dort wohnender Militärarzt hatte, nach Hause gekommen, sich in das an seine Wohnstube grenzende Kabinett begeben, als ein mehrmals bestrafter Dieb in jene Stube drang und aus der Kommode mehrere seine Herrenhemden entwendete. Während er nun im Hausflur mit anerkennenswerther Sorgfalt die Hemden sauber zusammenpackte, trat der Bestohlene, der sofort den Diebstahl bemerkte, zur Thür heraus, entnahm den Spitzbuben der weiteren Bemühungen um das Zusammenlegen der Wäsche und veranlaßte seine Arrestirung.

Kosten, 28. Jan. [Witterung; Verkehr; Jagd; Singen politischer Lieder.] Nach der bedeutenden Kälte (bis -15°) ist seit einigen Tagen plötzlich Thauwetter eingetreten; die bisher mit Schnee bedeckten Felder treten hier und da schon in frischem Grün hervor, und die Land- und Abzugsgräben sind hoch mit Wasser angefüllt. — Der schnelle Witterungswechsel übt auf die Gesundheit keinen wohlbedeutenden Einfluß und katarhalische Leiden, namentlich bei Kindern, sind keine Seltenheit; auch die Bräune zeigt sich. — In dem sonst sehr belebten Verkehr unserer Kreisstadt ist eine Stockung eingetreten. Die Getreideleferungen an unsere Kaufleute sind nicht von Bedeutung, was wohl in dem Sinken der Preise und der mangelnden Kauflust seinen Grund hat. Auch zeigen die größeren Landwirthe wenig Lust, ihre Produkte zu den gegenwärtigen Preisen loszuschlagen. Der Handel mit Getreide hat seit etwa 3 Jahren wieder sehr an Bedeutung gewonnen. Die günstigen Verbindungen unserer Kaufleute (deren Zahl immer mehr zunimmt) mit auswärtigen Geschäftsräumen von Bedeutung sichert diesem Verkehrszweige einen immer höheren Aufschwung und auch in Spiritus und Wolle werden namhafte Geschäfte gemacht. — Die in unserer Gegend abgehaltenen Treibjagden haben sehr viel Wild, vorzüglich Hasen, gefilzt. In den Karren des Rittergutsbesitzers v. Chlapowski, auf Rothdorf, hat man wieder in diesem Jahre Hirsche bemerkt. In den vorigen Jahren wurden zwei dieser Thiere erlegt. — Das in mehreren Kirchen des Kreises, z. B. ebenfalls eingeführte Singen von polnischen Nationalliedern nimmt immer mehr ab und scheint gar keinen Eindruck hinterlassen zu haben. Gedruckte Exemplare der betr. Lieder haben indes die ausgedehnteste Verbreitung unter dem Volle gefunden.

Bermischtes.

Ein Brief von Blücher, der den Tod der Königin Louise von Preußen bespricht, und wovon sich das Original im Museum zu Trier befindet, ist an den General Eisenhardt gerichtet, datirt Stargard vom 22. Juli 1810 und lautet buchstäblich und wörterlich wie folgt: „Ich bin wie vom Blitz getroffen, der Stolz der Weiber ist also von der Erde geschieden. Gott im Himmel sie muß.“

vor uns zu gut gewesen sein. Schreiben sie mich ia alter Freund ich bedarf us Munterung und unterhaltung, es ist doch unmöglich daß einen Staht so vill us einander vollgende unglück treffen kann, als den unsrigen. — Nebrigens gebe der Himmel daß sich alles was ihr letzter Brief enthält bestätigt, in meiner jetzigen Stimmung ist mich nichts lieber als daß ich Erfahre, die Welt brenne an allen vier Enden. Der schönen Frau vihl vihl Schönes. Immer der selbe Blücher.“

* Der erste Erfinder der Photographie war Pfarrer Karl Hofmeister in Kleinschmalkalden, jetzt in Nordhausen, der Ende der dreißiger Jahre die Sonnemannerei (Heliographie) erfand und sie bereits im Jahre 1839 im „Allgemeinen Anzeiger der Deutschen“ (Gotha, Jahrgang 1839) beschrieb, welche Erfindung gleichwohl dem Franzosen Daguerre zugeschrieben wird, nach ihm fälschlich Daguerreotypie genannt, und die Veranlassung zu der einer ungeheuren Verbreitung fähigen und bereits auf einer hohen Stufe der Ausbildung stehenden Photographie gewesen ist.

* Als ein Beitrag zur Kirchengeschichte Dänemarks unter Christian IV. wird folgendes authentische Rekript vom 17. Mai 1646 an das Stift Aarhaus mitgetheilt: „Nachdem wir in Erfahrung gebracht, daß das Schlafen in den Kirchen allzusehr überhand nimmt, verordnen wir allernächst, daß in jeder Gemeinde des Stifts einige Männer aufgestellt werden, welche in der Kirche umhergehen und mit einer langen Klatsche die Leute auf den Kopf schlagen, welche schlafen, und auf diese Weise die Kirchengänger wach erhalten, damit sie fleißig auf die Predigt hören.“

Personal-Chronik.

Posen, 29. Jan. [Personalveränderungen] bei der k. Intendantur des 5. Armeekorps. Berzeugungen: Der Intendantur-Sekretär Schwabe von der Intendantur des 5. zu der Intendantur des 6. Armeekorps, der Proviantamts-Assistent Ehrehardt von Erfurt, als Depot-Magazinverwalter nach Unruhstadt, der Proviantamts-Assistent Bremann von Münster, als Depot-Magazinverwalter nach Büren. Beförderungen: der Garrison-Verwaltungs-Inspektor Bande zu Glogau zum Ober-Inspektor, der Proviantamts-Applikant Hesse zu Glogau zum Proviantamts-Assistenten.

Angelokommene Fremde.

Vom 29. Januar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Kynast aus Nürnberg, Bernau aus Birnbaum, Brück aus Berlin und Thiele aus Eisenach,

Dr. Traube aus Ratibor, Dr. Cron aus Bül, Fabrikant Kühn aus Göttbus, die Rittergutsbes. Iffland aus Glebowo, Iffland aus Pietrowo, Wirth aus Lopienno, Jacoby aus Trzcianka, Praetzel aus Sękowo, Beyne aus Rudnik und Materne aus Chwałkowo, Civil-Ingenieur Jacobi aus Trzcianka, Gutsbes. Praetzel aus Sękowo, Kommissions-Warenhändler Lewy aus Berlin.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Skorzewski aus Komorze und Jauerlik aus Strzelki, Kaufmann Bremer aus Saalfeld a. S., die Pröbste Meinhner aus Wiewo und Sikowski aus Sepno.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Oberamtämter Burghardt aus Wiegeln und Klug aus Wroclaw, Probst Sulikowski aus Grunow, Aktuar Asmus aus Magdeburg, Canad. theol. Hissling aus Halle, Kaufmann Selle aus Hirschberg, die Kaufleute Leonhard und Thüle aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Rector Höcker aus Breslau, die Gutsbesitzer v. Hulewicz aus Kościelki, v. Szulczenki aus Boguniewo, Eiske aus Kowlowo, v. Pradziński aus Stroszki und Thiele aus Maczki.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Henckling aus Berlin, Becker aus Bremen und Freyhan aus Sagan, König. Oberamtmann Abig aus Jaromierz, Kreisgerichts-Direktor Pauli aus Trzciąg, Rentier v. Dobroń aus Natel, die Gutsbesitzer Graf Wyciecki aus Zerlow, v. Rogaliński aus Cerekwica und Kastel aus Trzcielino.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. Frau Gräfin Weierska aus Zatzewo, Sperling aus Grzybno, Socie ans Tarnowo, v. Delhaes aus Czempia und Graf v. Westary aus Ludom, Frau v. Oyen aus Ludom, Frau v. Saenger und Domänenpächter v. Saenger aus Polajewo, die Partikuliers v. Breza aus Dresden und Lavinio aus Sierosław, Generalfunj Gutske aus Wekna, die Kaufleute Sanne, Haacke und Gaede aus Berlin, Weisse aus Paris u. Wolff a. Arnswberg.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Kozuchowski aus Petersburg, v. Beroński aus Brzoza, v. Miforski aus Karniszewo, v. Radomski aus Dominowo, v. Łęcki aus Konino, v. Stablewski aus Zalewie, Graf Skarbek aus Bialcz, v. Koscielski aus Smielkow, Szumann aus Kujawski und v. Trzepczyński aus Gręzyn, die Gutsbes. Frauen v. Zychlinska und v. Lipska aus Ujazewo, Probst Givoronski aus Kamieniec, Geistlicher Ryński aus Chojno und Bevollmächtigter Kubicki aus Milostaw.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Blumenthal aus Krotoschin, Inspektor Burghardt aus Połska, Gutsbesitzer Kredzki aus Murzynowo leśne und Gutsbesitzer Giejski aus Sośnówko.

HOTEL DE BERLIN. Frau Oberamtmann Kindern aus Nochowo, Frau Apotheker Mielske aus Schwerenz, die Rittergutsbes. Hoffmeyer aus Blotni, Hoffmeyer aus Dorf Schwerenz, Meissner aus Kietrz und Bartelken aus Starogla, Dr. Eckert aus Santomysl, Inspektor Kunze aus Otorowo, Landwirth Meissner aus Zircle, die Gutsbes. Wende aus Neworwiek, Scheller aus Maniewo und Brix aus Niemelskow, die Kaufleute Silberstein aus Santomysl, Schleger aus Breslau und Maertens aus Ilzenburg.

DREI LILLEN. Gutsbesitzer Nehring aus Nehringwalde.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Dominia-Brauerei zu **Kuschen** bei Schmiegel soll vom 1. März d. J. ab auf sechs Jahre verpachtet werden. Pachtluft von den Obra-Meliorations-Obligationen als auch der Valuta für die verlosten Obligationen selbst nunmehr auch bei den Herren Moritz und Hartwig Mamroth in Posen erfolgt.

Kosten, den 25. Januar 1862.

Der königliche Kommissarius für die Obra-Meliorationen, Landrat v. Madai.

Proclama.

Der abweidende Brauer Heinrich Gustav Adolph Bischof wird auf Ansuchen seiner Ehegattin Johanne Louise geb. Bippel, welche behauptet, von seinem Aufenthalte aller angewandten Mühe ungeachtet keine Nachricht erhalten zu haben, hierdurch aufgefordert, sich binnen drei Monaten und spätestens in dem zur Klagebeantwortung und mündlichen Verhandlung auf den 12. Mai 1862 Vormittags 12 Uhr im Stadtgerichte, Jüdenstraße Nr. 59, Zimmer Nr. 53 angelegten Termine vor dem verammelten Ehegatt zu gestellen und die wegen bößlicher Verlasseung angestellte Ehescheidungslage zu beantworten, widrigfalls die bößliche Verlasseung für dargethan angenommen und auf Trennung der Ehe erkant und der ausbleibende Ehegatte für den allein schuldigen Theil erläutert werden wird.

Berlin, den 16. Dezember 1861.

Königl. Stadtgericht, Abtheilung für Bivilsachen, Deputation für Eheachen.

Als mutmaßlich gestohlen sind polizeilich in Besitz genommen worden: ein messingnes Bettlach, mit schwarzen Holzgriff, darin eingraviert: Glaube, Liebe, Hoffnung und s. B., ein kleines weiss Schnupftuch, ein Paar Armeel von Tüll, eine alte rothfarbene Schürze, ein weißleiniges Tuch, R. J. gezeichnet, und eine alte rothgeblümte Schürze.

Eichen-Verkauf.

In den Gräfen-Horsten, Revier Drapak, sollen Mittwoch den 5. Februar c. Vorm. 10 Uhr einige hundert Eichen plus licitando gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

Horstaus Lassówko bei Grätz,

den 26. Januar 1862.

Das Forstamt.

Apotheken-Verkauf. Die alleinige, reines Medizinalgeschäft betreibende Apotheke einer Kreisstadt Posen steht für den Preis von 24,000 Thlr. zum Verkauf. Anzahlung 10,000 Thlr. Adressen werden in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

In der an der Chauffee belegenen Kreisstadt Grätz, in welcher der Sitz des königlichen Kreisgerichts ist, ist ein am Markte an der frequentesten Stelle belegener Gasthof erster Klasse, Familienverhältnisse wegen, aus freier Hand zu verkaufen.

Selbstkäufer erfahren das Nähere auf franz. Anfragen bei dem Unterzeichneten.

Grätz, den 22. Januar 1862.

S. Kutzner, Gasthofsbesitzer.

Das zu **Santomysl** auf dem Markt Nr. 55 belegene Haus ist zu verkaufen. Näheres Gerberstraße Nr. 17, 1 Tr.

Nitsche bei Alt-Bözen.

Lehmann.

Auf dem Domin. **Strykowa** bei Steinewo ist, von Georgis d. J. ab, die Proportion, bestehend aus 2 Krügen nebst der Fischerei, zu verpachten. Kautionsfähige Pächter können sich bei dem dortigen Inspektor melden.

Gelben Niesen-**Munkel**-**Nübensamen**,

Zum dauerhaften ein- und mehrfarbigen Druck in den beliebtesten Farben auf seiden oder wollene Zeuge in schwarz oder soleurt. Grund empfiehlt sich die Färbererei, Drucker, Weberei, Flecken- und Gardeobe-Reinigungsanstalt von

A. Sieburg,

Wallstraße 96, in der Apotheke.

Gelben Niesen-**Munkel**-**Nübensamen**, fortgezüchtet aus der bekannten ausgezeichneten Breslauer Pohlischen Gattung, der Schefel 5 Thlr., die Menge 10 Sgr., verfaßt

C. Heinze,

Borwerksbesitzer in Klecko, Kreis Gnesen.

Arbeitsunfähige oder tode Pferde werden zu den höchstmöglichen Preisen gekauft von der Verzweig. Fabrik.

Frank

Fabrikbeamter.

Dom. Koszlowo bei Scholken hat 80 fette Hammel und 16 Mastochsen zu verkaufen.

Fr. Romani, Mühlenstr. 14, Parterre.

Sämereien-Offerte!

Eungisches Raigras, Lolium perenne, echt schottisches, à Str. 12 Thlr., à Pf. 5 Sgr.

Italienisches Raigras, Lolium italicum

à Str. 12 Thlr., à Pf. 5 1/2 Sgr.

französisches Raigras, Avena elatior

14 . . . 6 .

Thymothes, Phleum pratense

12 . . . 5 .

Honiggras, Holcus lanatus

10 . . . 5 .

Rother Schwingel, Festuca rubra

8 . . . 4 .

Schaf-Schwingel, Festuca ovina

9 . . . 4 .

Luzeerne, echt französische, Prima-Dualität

20 . . . 8 .

Grassamen-Mischungen.

Eine Mischung der besten Weidegräser

à Str. 12 Thlr., à Pf. 4 Sgr.

desgl. zur Anlegung und Verbesserung der Wiesen

12 . . . 4 .

desgl. zu schönen dauernden Nasenplänen

14 . . . 5 .

desgl. zur dichten Vergräfung der Dämme

8 . . . 3 .

Futter-Runkelrüben.

Große lange über die Erde wachsende rothe

à Str. 10 Thlr., à Pf. 4 Sgr.

selbe

12 . . . 5 .

Große halblange Oberndorfer, sehr zu empfehlen

15 . . . 6 .

Dicke grobe in der Erde wachsende rothe

14 . . . 5 .

gelbe

14 . . . 5 .

pohl's Riesen-Futterrunkelrübe

25 . . . 8 .

Neue Riesen-Pfahl-, sehr extragleich

18 . . . 6 .

Tellerförmige, glatte rothe

15 . . . 6 .

Lambert's Salon.

Mittwoch den 29. Januar

Concert.

Ouverture zur schönen Melusine. C-moll-Sinf. von Beethoven. Marsch triumphale von Krug (unter Leitung des Komponisten). Andante aus Ulrich's H-moll-Sinfonie. Träumerei von Schumann. Finale 1. Akts aus Don Juan.

Anfang 7 Uhr. Entrée 7½ Sgr.

Rauchen ist nicht gestattet.

F. Radeck.

Schüken-Salon.

Sonnabend den 1. Februar

großer Maskenball, mit und ohne Maske.

Anfang 8 Uhr.

Entrée für Herren 7½ Sgr., Damen 5 Sgr.

Familien von 3 Personen 12½ Sgr. Billets

sind bis Sonnabend 5 Uhr Abends zu haben in der Konditorei bei Herrn Hundt, alten Markt

Nr. 8 und in der Restauration bei Herrn Fried-

rich, Friedrichstraße Nr. 12. Billets an der

Kasse für Herren 10 Sgr., Damen 7½ Sgr.,

Familien 15 Sgr.

Demaskierung nach Belieben. Für freie Thor-

passage wird gesorgt.

Carl Roche.

Lambert's Salon.

Sonnabend den 1. Februar

großer Maskenball.

Anfang 8 Uhr. Entrée für Herren 10 Sgr.,

für Damen 7½ Sgr. Billets sind bis Sonnabend 5 Uhr im Foyer selbst für Herren zu 7½ Sgr., für Damen zu 5 Sgr. zu haben. Masken-

anlässe sind in der Garderobe zu haben. De-

maskieren nach Belieben.

Donnerstag den 30. Januar c. Hafensbraten

bei A. Kuttner, II. Gerberstraße.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 29. Januar 1862.

Fonds. Br. Gd. bez.

Preuß. 3½% Staats-Schuld. — 89½ —

4. Staats-Anleihe — 99½ —

4½ — 102 —

Neueste 5% Preußische Anleihe — 107½ —

Preuß. 3½% Prämiens-Anl. 1855 — 121½ —

Posener 4% Pfandbriefe — 103½ —

3½ — 98 —

4. neue — 96 95½ —

Westpr. 3½% Pfandbriefe — — —

Poln. 4. — 84½ —

Posener Rentenbriefe — 97½ —

4% Stadt-Oblig. II. Em. — 94½ —

5. Prov. Obligat. — 100½ —

Provinzial-Banknoten — 95 —

Stargard-Posen. Gien. St. Alt. — 91½ —

Oberschl. Eisenb. St. Alt. Lit. A. — —

Prioritäts-Oblig. Lit. E. — 83½ —

Polnische Banknoten — 84½ —

Ausländische Banknoten — — —

Wasserstand der Warthe:

Posen am 28. Jan. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 11 Zoll.

— 29. — 4 —

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Jan. Wind: W. Barometer:

28. Thermometer: früh + 3°. Witterung: trübe.

Weizen lolo 64 a 83 Rt.

Roggen lolo 52½ a 53½ Rt. p. Jan. 52½ Rt.

p. Jan.-Febr. 52½ a 52½ Rt. bz. Br. u. Gd.

p. Febr.-März 51½ Rt. bz. Br. u. Gd. p. Mai-Juni

51½ Rt. bz. u. Gd. 51½ Br. p. Juni-Juli 51½

a 51½ Rt. bz. u. Gd. 51½ Br.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafers 22 a 25 Rt. p. Jan. 23½ Rt. bz.

p. Jan.-Febr. 23½ Rt. bz. p. Frühjahr 23½ Rt.

Rüböl lolo 12½ Rt. bz. u. Br. p. Jan.-Febr.

12½ Rt. Gd. p. Sept.-Okt. 12½ Rt. bz.

Spiritus lolo ohne Fass 17½-17½ Rt. bz.

Jan.-Febr. 17½ a 17½ — 16. 5.

Die Markt-Kommission

zur Feststellung der Spirituspreise.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 28. Januar. Weizen loko kleiner

Konsum, ab Auswärts nominielle Preise. Roggen

lolo unverändert, ab Ostsee Frühjahr zu 87-88

Berl. 16½-17½, Oktober 25%.

Kaffee fest gehalten, jedoch ruhig. Zint 2000

Ctr. Frühjahr 11½-12½.

Liverpool, 28. Januar. Baumwolle: 8000

Ballen Umsatz. Preise höher.

Gold, Silber und Papiergele.

Friedrichsdorff — 113½ b.

Gold-Kronen — 9. 6½ G.

Louis d'or — 109½ G.

Sovereigns — 6. 20½ G.

Napoleond'or — 5. 9½ G.

Gold pr. 3. Pfds. f. — Imp. 458 G.

Dollars — 1. 11½ G.

Silb. pr. 3. Pfds. f. — 29. 21 G.

R. Sächs. Kass. A. — 99½ B.

Fremde Banknot. — 99½ B.

do. (einl. in Leipzig) — 99½ B.

Deft. Banknoten — 72½ B.

Poln. Bankbillet — 84½ B.

Russische do. — 84½ B.

Wechsel-Kurse vom 28. Januar.

Amsterdam. 250fl. kurz 3 142½ B.

Hamb. 300fl. kurz 2 151½ B.

London 18fl. 2fl. 150fl. B.

Paris 300fr. 2fl. 3 79½ B.

Wien öst. W. 8 fl. — 72½ B.

Angsb. 100fl. 2fl. 3 56. 24 G.

Frankf. 100fl. 2fl. 2½ 56. 26 G.

London 18fl. 2fl. 150fl. B.

Paris 300fr. 2fl. 3 79½ B.

Wien öst. W. 8 fl. — 72½ B.

Angsb. 100fl. 2fl. 3 56. 24 G.

Frankf. 100fl. 2fl. 2½ 56. 26 G.

London 18fl. 2fl. 150fl. B.

Paris 300fr. 2fl. 3 79½ B.

Wien öst. W. 8 fl. — 72½ B.

Petersburg 100fl. 2fl. 7 92½ B.

do. do. 3 M. 7 92½ B.

Bremen 100fl. 2fl. 3 109½ G.

Warschau 90fl. 2fl. 5 84 G.

Amsterdam. Dienstag 28. Jan. Nachmittags 3 Uhr. Regen.

Konsols 92½. 1proz. Spanier 42½. Mexikaner 30½.

Hamburg 3 Monat 13 M. 7 Sch. Wien 14 fl. 05 Kr.

Paris, Dienstag 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete bei vielen Angeboten zu 71, 15, fiel auf 71, 05, stieg auf 71, 30 und schloß hierzu fest und belebt.

Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen.

Schluskurse. 3% Rente 71, 30. 4½% Rente 99, 50. 3% Spanier. 1% Spanier 42½. Destr. Staats.

Eisenbahn-Akt. 500. Destr. Kreditaktien. Credi mobilier Akt. 751. Lomb. Eisenb. Akt. 532.

Amsterdam. Dienstag 28. Jan. Nachm. 4 Uhr. Lebhafte Geschäft.

Spanier 42½. Mexikaner 30½. Sardinier 77½. 5proz. Russen 98. 4½proz. Italien 91.

Hamburg 3 Monat 13 M. 7 Sch. Wien 14 fl. 05 Kr.

Paris, Dienstag 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete bei vielen Angeboten zu 71, 15, fiel auf 71, 05, stieg auf 71, 30 und schloß hierzu fest und belebt.

Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen.

Schluskurse. 3% Rente 71, 30. 4½% Rente 99, 50. 3% Spanier. 1% Spanier 42½. Destr. Staats.

Eisenbahn-Akt. 500. Destr. Kreditaktien. Credi mobilier Akt. 751. Lomb. Eisenb. Akt. 532.

Amsterdam. Dienstag 28. Jan. Nachm. 4 Uhr. Lebhafte Geschäft.

Spanier 42½. Mexikaner 30½. Sardinier 77½. 5proz. Russen 98. 4½proz. Italien 91.

Hamburg 3 Monat 13 M. 7 Sch. Wien 14 fl. 05 Kr.

Paris, Dienstag 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete bei vielen Angeboten zu 71, 15, fiel auf 71, 05, stieg auf 71, 30 und schloß hierzu fest und belebt.

Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen.

Schluskurse. 3% Rente 71, 30. 4½% Rente 99, 50. 3% Spanier. 1% Spanier 42½. Destr. Staats.

Eisenbahn-Akt. 500. Destr. Kreditaktien. Credi mobilier Akt. 751. Lomb. Eisenb. Akt. 532.

Amsterdam. Dienstag 28. Jan. Nachm. 4 Uhr. Lebhafte Geschäft.

Spanier 42½. Mexikaner 30½. Sardinier 77½. 5proz. Russen 98. 4½proz. Italien 91.

Hamburg 3 Monat 13 M. 7 Sch. Wien 14 fl. 05 Kr.

Paris, Dienstag 28. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente eröffnete bei vielen Angeboten zu 71, 15, fiel auf 71, 05, stieg auf 71, 30 und schloß hierzu fest und belebt.

Konsols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen.